Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 212. Dienstag, den 10. September 1912. 19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Ein unangenehmer Brief.

Das Schreiben des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes an den Reichskanzler, in dem dieser zur schleunigen Einberufung des Reichstages aufgefordert wird, gehört sicherlich zu den am wenigsten angenehmen Sendungen, die seit langer Zeit in der Reichskanzlei eingetroffen sind. Denn er stellt die Reichsregierung vor die Tatsache, daß 110 Mitglieder des Reichstages, mehr als ein Viertel aller Mitglieder des Hauses, die sofortige Einberufung der Volksvertretung fordern, und daß sie dies mit einer Begründung tun, gegen die sich schlechthin nichts einwenden läßt. Der Notstand ist da, er wird selbst von der offiziösen und der konservativen Presse nicht mehr geleugnet. Und mögen auch die Mittel, die die sozialdemokratische Fraktion zu seiner Beseitigung vorschlägt, dem Reichskanzler nicht gefallen, so ist es doch ein Gebot selbstverständlicher Billigkeit, daß man dem Reichstag wenigstens Gelegenheit gibt, sie zu erörtern. Der Reichskanzler kann die sozialdemokratischen Vorschläge im Reichstage bekämpfen, die Mehrheit kann sie ablehnen, selbst vom Reichstag gefaßte Beschlüsse kann der Bundesrat verwerfen. Das sind formale Berechtigungen, deren Vorhandensein gar nicht bestritten wird, und die gegen „übereilte“ Entschließungen mehr als ausreichende Gewähr bieten. Daß der Reichskanzler die sozialdemokratischen Vorschläge für verfehlt hält, ist daher noch lange kein Grund, ihre Beratung zu verhindern.

Umgekehrt kann man aber auch nicht sagen, daß die Vorschläge der Fraktion keine Aussicht hätten, eine Mehrheit im Reichstag zu finden, und daß deshalb seine außerordentliche Tagung unfruchtbar bleiben müßte. Denn am 19. März hat der Reichstag die in letzter Zeit schon oft erwähnte sozialdemokratische Resolution angenommen, die eine Erleichterung der Fleischeinfuhr durch entsprechende Aenderungen des Fleischbeschaugesetzes verlangt. Ein sozialdemokratischer Initiativantrag auf Aenderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes hat also entschieden Aussicht auf Annahme, und es wäre Sache des Experiments, festzustellen, ob nicht unter den gegenwärtigen bedrohlichen Umständen noch weitere Zugeständnisse von den bürgerlichen Parteien zu erlangen wären. Auch der Einwand, daß sich der Bundesrat gegenüber allen Gesetzesvorschlägen des Reichstages strikt ablehnend verhalten würde, kann nicht als stichhaltig erachtet werden. Denn wenn anders die Erklärung des bayerischen Ministers des Innern, Frhrn. von Soden, nicht purer Schwindel ist, dann fehlt es auch im Bundesrat nicht an Stimmen, die die Erleichterung der Einfuhr von Gefrierfleisch durch Abänderung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes für erwägenswert halten.

Aber auch, wenn nach der persönlichen Meinung des Reichskanzlers von einer außerordentlichen Tagung des Reichstages gar kein positives Ergebnis zu erwarten sein sollte, so wäre es doch ein brutales Unrecht, selbst die Beratung über den Notstand und die Mittel zu seiner Beseitigung zu verhindern. Sich unter den gegebenen Umständen einer außerordentlichen Tagung des Reichstages widersetzen, hieße, eine Furcht vor öffentlicher Aussprache bekunden, die die Sache der Gegner in das schlechteste Licht setzen müßte. Wer ein gutes Gewissen hat, braucht den Tag nicht zu scheuen! Das Volk hat Anspruch darauf, zu erfahren, wie sich die Reichsleitung zu dem gegenwärtigen Notstand verhält, mit welchen Gründen sie ihr Verhalten zu rechtfertigen sucht. Eine offene Erklärung der Reichsregierung ist um so nötiger, da durch die Rede des bayerischen Ministers des Innern in der Münchener Abgeordnetenkammer nicht nur keine Klärung der Sachlage erfolgt ist, sondern vielmehr Unklarheiten und Mißverständnisse hervorgerufen worden sind. Von den Absichten des Bundesrats, über die sich Herr v. Soden verbreitet hat, will man an Berliner unterrichteter Stelle absolut nichts wissen. Ist es etwa unbescheiden, wenn da das Volk verlangt, daß ihm reiner Wein eingeschenkt wird, wenn es ein offenes Ja oder Nein fordert?

Die Stelle aber, der der Reichskanzler nach der Verfassung verantwortlich ist, ist der deutsche Reichstag. Der Minister eines Bundesstaates kann nur für seine Regierung sprechen. Artikel in offiziösen Zeitungen sind erst recht ohne jede Verbindlichkeit und staatsrechtlichem Belang. Darum muß der Reichskanzler schleunigst vor den Reichstag treten, um zu sagen, was er will oder nicht will; er muß der Volksvertretung Gelegenheit geben, auszusprechen, ob sie mit der Auffassung der Reichsregierung übereinstimmt oder nicht; er muß eventuelle Beschlüsse des Reichstages entgegennehmen und sie dem Bundesrat zur Annahme oder Verwerfung unterbreiten. Auf alle Fälle muß er, wenn er nicht vor dem Volke die schwerste Schuld auf sich laden will, dem Wunsch der sozialdemokratischen Fraktion ungesäumt nachkommen und schleunigst den Reichstag einberufen. Nach der Verfassung erfolgt Einberufung, Vertagung und Schließung des Reichstages vom Kaiser, die entsprechenden kaiserlichen Entschließungen sind vom Reichskanzler gegenzuzeichnen, der damit die Verantwortung übernimmt. Gegen seinen Willen kann der Reichstag während einer Session nicht über die Dauer von 30 Tagen hinaus vertagt werden, doch steht dem Kaiser das Recht zu, den Reichstag zu schließen, auch ohne ihn zu befragen. Dieser Umstand hat den Reichstag veranlaßt, am 22. Mai seine Vertagung bis zum 26. November auszusprechen, andernfalls wäre auch ohne seine Zustimmung die Schließung erfolgt. Die Sache steht demnach auch keineswegs so, daß eine vorzeitige, außerordentliche Tagung den Wünschen des Reichstages widersprechen würde.

Für die Einberufung des Reichstages hat sich außer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auch schon eine Reihe städtischer Gemeindeverwaltungen ausgesprochen: Frankfurt a. M., München, Bamberg u. a. Daraus ist zu schließen, daß auch außerhalb der sozialdemokratischen Partei (zum mindesten auch von der Fortschrittspartei) die Einberufung des Reichstages gewünscht wird. Von den Fraktionsvorständen der bürgerlichen Parteien ist zu verlangen, daß auch sie zu der Frage Stellung nehmen und sich der sozialdemokratischen Forderung anschließen.

Leider enthält die Verfassung keine Bestimmung des Inhalts, daß die Einberufung des Reichstages erfolgen muß, wenn ein bestimmter Bruchteil seiner Mitglieder es verlangt. Nur der Bundesrat muß einberufen werden, wenn es von einem Drittel seiner Mitglieder gefordert wird; die Bestimmung hat aber keine Bedeutung, da der Bundesrat ohnehin ständig beisammen bleibt. Aber über die staatsrechtlichen Bestimmungen hinaus besteht für die Regierung eine moralische Pflicht, den Reichstag einzuberufen, sobald ein großer Teil seiner Mitglieder unter Angabe wichtiger Gründe dies für notwendig erklärt, und ohne zur Volksstimmung in den schärfsten Gegensatz zu geraten, kann sich die Regierung dieser Pflicht nicht entziehen.

Indem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Wege zur Erleichterung des bestehenden Notstandes aufzeigte und die schleunige Einberufung des Reichstages forderte, hat sie das Ihre getan. Der Erfolg steht dahin. Die sozialdemokratische Fraktion will positive Arbeit im Interesse der Massen der Bevölkerung leisten, wenn die Regierung sie daran hindert, richtet sie sich in den Augen des Volkes durch solche Politik der starren Negation selbst. Dann wird aber den Massen auch die Wahrheit des Satzes aufgehen, daß der Kampf um billigere Lebensmittel ein Kampf um die politische Machtverteilung ist. Die Hundertzehn können nur sagen, was sie wollen. Ihrem Willen Bahn zu brechen, vermag nur die Macht der Massen.

Die Teuerung.

Der Hunger treibt das Heimarbeiterproletariat auf die Straße. Trotz der denkbar ungünstigen Witterung strömten am Sonntag vormittag die Heimarbeiter des Meininger Oberlandes (Bezirk des Heimarbeiterelends in der Spielwaren- und Christbaumschmuck-Industrie aus dem Thüringer Walde) nach Sonneberg, um in einer Massenversammlung gegen Fleischwucher und Lebensmittelteuerung zu protestieren. Die Versammlung war überfüllt. Nach der Versammlung zogen trotz strömenden Regens 600—700 Personen in geschlossenem wohlgeordnetem Zuge durch die Straßen der Stadt vor das Rathaus, wo sich die Menge nach einer kurzen Ansprache des Landtagsabgeordneten Genossen Wehder auflöste. Die Demonstration machte den denkbar besten Eindruck. Polizei war nirgends zu sehen.

In Königsberg protestierte eine Versammlung, die von zirka 6000 Personen besucht war. Weitere Protestversammlungen wurden noch in Memel, Tilsit, Gumbinnen, Rastenburg, Wehlau, Osterode und Groß-Haydekrug (Kreis Königsberg) abgehalten.

Protestversammlungen fanden noch statt in Erfurt, Albrechts bei Suhl, Gispersleben, Gößnitz, Schmölln, Ronneburg, Hermsdorf und Kahla, letztere fünf Orte im Herzogtum Sachsen-Altenburg; ferner in Apolda.

In 19 Landorten des 11. badischen Reichstagswahlkreises (Mannheim-Weinheim) fanden am Sonnabend und Sonntag Volksversammlungen statt, die sich mit der Teuerung beschäftigten. Der Besuch war allgemein ein guter.

Die Dortmunder Arbeiterschaft hatte für letzten Sonntag eine große Demonstrationsversammlung unter freiem Himmel geplant. Aber den ganzen Tag regnete es in Strömen, so daß man sich kaum hätte verwundern dürfen, wenn nur einige Hundert Mann gekommen wären. Trotz des tollen Regens waren dennoch wohl an 3000 Personen herbeigeeilt, die in zwei großen Sälen untergebracht werden mußten. Daß trotz des Regens eine solche Beteiligung zu verzeichnen war, zeigt, wie groß die Not geworden ist. Die Versammlungen nahmen eine scharfe Resolution zur Teuerung an; auch anwesende Zentrumsleute stimmten für die Resolution.

Die Agrarier begründen ihren Widerstand gegen die Oeffnung der Grenzen mit der Behauptung, daß das ausländische Vieh verseucht sei und jede Einfuhr mit gewaltigen Gefahren für den Gesundheitsstand des deutschen Viehes verbunden sei. Nun, trotz der hermetischen Abschließung der Grenzen gegen alles ausländische Vieh, hat die Verseuchung des Viehstandes gerade in Ost- und Westpreußen einen ganz außerordentlichen Umfang angenommen. Ost- und Westpreußen und Posen waren am 31. August in 66 Kreisen 216 Gemeinden mit 286 Gehöften verseucht. Gegen den Stand vom 15. August ist das eine Zunahme von 78 Gemeinden mit 109 Gehöften. Von den 29 westpreußischen Kreisen sind nicht weniger wie 23 verseucht. — Eine Verschlimmerung kann also selbst bei schrankenloser Oeffnung der Grenzen nicht eintreten, vielleicht sogar dient die Zufuhr ausländischen Viehes zu einer Auffrischung und Verbesserung des deutschen Viehstandes.

Die Ilmenauer Stadtverordneten ersuchen den Magistrat, im Sinne der Aufhebung der Grenzsperre bei der weimarischen Regierung resp. dem Bundesratsvertreter vorstellig zu werden. Die Fleischnot am Orte soll wieder durch den Fleischbezug aus Dänemark, der sich auch nach der Ansicht des Bürgermeisters glänzend bewährt hat, abgeholfen werden. Nur drei bürgerliche Stadtverordnete stimmten gegen den sozialdemokratischen Antrag.

In Erfurt stellen 13 bürgerliche Stadtverordnete an den Magistrat den Antrag, sofortige Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Agrarische Lehrerfreundlichkeit.

Freiherr v. Hammerstein-Loxten, Minister a. D. und Vorsitzender des Bundes der Landwirte für die Provinz Hannover, hielt anläßlich einer Stutenschau in Badbergen eine Rede, in welcher der Satz vorkam:

„Wer jetzt noch solche Urteile fällt wie der Einsender des betr. Artikels, der eignet sich nicht für einen Landwirt. Der wäre vielleicht besser Schulmeister oder was anderes geworden.“

Was mag das „andere“ gewesen sein, das dem Agrarier, als noch unter dem Lehrer stehend, vorgeschwebt hat? Nach agrarischen Begriffen ist bekanntlich der Schweinehirt weit wichtiger als der Lehrer, der die heranwachsende Jugend höchstens unzufrieden macht dadurch, daß er ihr, in der vom Gutsherrn freigegebenen Zeit, notdürftig Lesen, Schreiben und Rechnen beibringt.

Konservative Beweisführung.

Die „Kreuzzeitung“ fühlt sich selbstredend verpflichtet, dem junkerlichen Lebensmittelwucher die Stange zu halten. Zwar kann sie nicht bestreiten, daß die Kosten der Lebenshaltung erheblich gestiegen sind, aber sie findet, daß dieser Steigerung auch gestiegene Arbeiterlöhne gegenüberstehen. Das Junkerblatt exemplifiziert dabei auf die Bergarbeiterlöhne, die von 1344,42 Mk. im Jahre 1910 auf 1395,48 Mark im Jahre 1911, also um rund 4 Prozent gestiegen sind. Als geringfügig, meint das Junkerblatt, wird man eine derartige Steigerung „eines Jahres“ wohl nicht bezeichnen können. — Daß in derselben Zeit die Lebensmittel um 10—20 Prozent gestiegen sind, das sieht das Blatt mit dem Eisernen Kreuz an der Stirne nicht weiter an.

Arbeitszwang für Hilfsbedürftige.

Die Ausführungsbestimmungen zur Unterstützungswohnsitznovelle regeln, wie halbamtlich gemeldet wird, auch das Verfahren für die Anordnung des Arbeitszwanges. Es wird dazu ausgeführt:

„Da angenommen werden darf, daß in vielen Fällen der Hinweis auf den durch das Gesetz ermöglichten Arbeitszwang genügen wird, den von der Armenverwaltung unterstützten Arbeitsscheuen zur Sorge für die eigene Person, oder den säumigen Nährpflichtigen zum Unterhalt seiner der Armenpflege anheimgefallenen Angehörigen zu veranlassen, so werden die Armenverwaltungen in ihrem eigenen Interesse die betreffenden Personen zunächst zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aufzufordern haben. Ob sie dies schriftlich oder zu Protokoll oder durch Vermittelung

der Polizeiverwaltungen tun wollen, bleibt ihnen überlassen. Die Armenverwaltungen können ferner von der Befugnis Gebrauch machen, eine Unterstützung mittels Anweisung der den Kräften des Hilfsbedürftigen entsprechenden Arbeiten innerhalb oder außerhalb eines Armen- oder Krankenhauses zu gewähren. Erweisen sich diese Maßnahmen als erfolglos, so hat der Armenverband das Recht, bei dem Kreis-(Stadt-)Ausschuß den Antrag auf Unterbringung des Unterstützten in einer öffentlichen Arbeitsanstalt oder in einer staatlich als geeignet anerkannten Privatanstalt zu stellen."

So wenig dagegen einzuwenden ist, daß Personen, die böswillig eine Unterhaltnngspflicht verweigern, obwohl sie zu ihrer Erfüllung fähig sind, dazu gezwungen werden, so bedenklich erscheint die Befugnis, Hilfsbedürftige einer Arbeitsanstalt, also dem Arbeitshaus, überweisen zu können. Das ist lediglich darauf berechnet, Hilfsbedürftige davon abzuschrecken, eine Unterstützung zu beanspruchen. Besonders die ländliche Armenpflege, die so gut wie alles zu wünschen übrig läßt, wird eine solche Bestimmung benützen, um sich soweit als nur irgend möglich von ihren Verpflichtungen zu drücken. Ausführungsbestimmungen dieser Art schlagen jedem sozialen Empfinden direkt ins Gesicht.

Der Zweck der Heeresvermehrung.

Aus Offizierskreisen geht der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" eine Zuschrift zu, die sich bitter darüber beklagt, daß mit der Durchführung der vom Reichstag bewilligten Heeresvorlage kein rascheres Tempo eingeschlagen wird. Die Verjüngung des Offizierkorps geht dem Einsender viel zu langsam, deshalb empfiehlt er, nicht bloß die Heeresvorlage rascher durchzuführen, sondern vom Reichstag auch eine Ergänzung zu verlangen.

Die alte Geschichte: mit dem Essen kommt der Appetit; der neue Reichstag, der dem Militarismus restlos gab, was er forderte, soll die Schraube ohne Ende weiter und immer weiter anziehen. Die Armeelieferanten machen dabei brillante Geschäfte, und die Offiziere erreichen, daß sie rascher befördert werden. Und das ist doch die Hauptsache. Kraut- und Schlotjunker wollen ihren Vorteil haben, sowohl bei der Heeresvermehrung wie bei allen andern Akten der Gesetzgebung.

Die Nationalliberalen für die Zündholzsteuer.

In den Kämpfen um die sogenannte Reichsfinanzreform taten sich die Nationalliberalen auf ihren „sozialen Standpunkt" etwas ganz besonderes zugute und wetterten kräftig mit auf die „unsoziale Steuer des armen Mannes", die Zündholzsteuer. Als die Steuer aber dann beschlossen war, ging ihre einzige Sorge darauf hinaus, durch Einführung der Kontingentierung für die Zündholzproduktion den Fabrikanten die Monopolisierung ihres Gewerbes zu ermöglichen und damit die Konsumenten noch stärker zu belasten, als dies ohnehin schon durch die Steuer geschah. Der gewollte Zweck ist denn auch erreicht worden, die Konkurrenz ist in der Zündholzindustrie heute völlig ausgeschaltet und die Fabrikanten fühlen sich, nachdem ihre weniger widerstandsfähigen Kollegen durch die Steuer zugrunde gerichtet sind, ganz wohl bei dem neuen Zustand. Damit ist aber auch das Interesse der Nationalliberalen an einer Wiederaufhebung der „unsozialen" Zündholzsteuer geschwunden, und heute erklärt kaltblütig die Kölnische Zeitung:

„In der Tat erscheint volkswirtschaftlich betrachtet die Belastung des Volkes durch die Zündholzsteuer, die 18 Millionen oder auf den Kopf der Bevölkerung 30 Pfg. ausmacht, gegenüber einer Vergleichslast in Frankreich von 80 Pfg. noch erträglich. Vielleicht aber ist sie durch eine Besteuerung der Ersatzmittel zu verhindern, denn naturgemäß trifft sie eine Arbeiterfamilie härter als die wohlhabenden Kreise, belastet auch den Raucher besonders stark und ist dadurch sozusagen ein Korrelat zur Tabaksteuer."

Das heißt also: anstatt einer Beseitigung der Zündholzsteuer, soll ihre Ungerechtigkeit noch dadurch verschärft werden, daß auch die nach dem Jahre 1909 stark in Aufnahme gekommenen Ersatzmittel mit einer hohen Steuer belegt werden. Denn es ist natürlich eine glatte Unwahrheit, wenn die Sache so dargestellt wird, als ob die Ersatzmittel in der Hauptsache nur von den Besitzenden benutzt würden. Gewiß werden von der Zündholzsteuer die Armen am allerschwersten getroffen. Dies gilt aber für alle indirekten Steuern, die etwas einbringen, und an dieser Tatsache würde durch eine Besteuerung der Ersatzmittel nicht das geringste geändert, die ungerechte Wirkung würde nur noch verschärft werden. Vorteil hätten von einer solchen Maßregel ausschließlich die Zündholzkapitalisten, die denn auch die eifrigsten Schreier nach ihr sind. Und um diese Tatsache zu verdunkeln, bemühen sich jetzt die nationalliberalen Kapitalsvertreter, nach dem üblichen Schema die geplante Belastung der besitzlosen Konsumenten in eine Entlastung umzufälschen.

Das streitende Zentrum.

Das zwischen Zentrum und Polen für Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Landtag geschlossene Bündnis ist in die Brüche gegangen; bei der kommenden preußischen Landtagswahl geht jede der beiden Parteien selbständig vor. Mit Hilfe der sogenannten nationalen Parteien hofft das Zentrum, den Polen Sitze abnehmen zu können. Die Ursachen des Zwistes schildert Herr Bachem im „Tag": Die Polen sind dem Zentrum zu radikal, deshalb müssen sie bestraft werden. Herr Bachem führt aus:

„Immer häufiger sieht man die Polen an der Seite der Linksliberalen und der Sozialdemokratie, und die polnische Presse führt in ihrer Mehrheit gegen die Zentrumspartei eine Sprache, welche an Schroffheit oft kaum überboten werden kann. Damit hat sich von selbst das Verhältnis zwischen Zentrum und Polen verschoben. Die Zentrumspartei ist nicht in der Lage, den polnischen Radikalismus zu unterstützen, nicht weil es sich um Polen handelt, sondern weil die Polen radikal sind."

Den Steuerraubzug haben die Polen Arm in Arm mit den schwarzen Brüdern vom Zentrum mitgemacht. Jetzt auf einmal empfindet das Zentrum die Gesellschaft der Polen als kompromittierlich und setzt ihnen den Stuhl vor die Tür. Man will national sein, in der Erwartung, dann mit Hilfe der anderen Teilhaber vom schwarz-blauen Block Mandate zu ergattern. Von dem links gerichteten Radikalismus der Polen, über den sich das Zentrum so entrüstet, war bis jetzt verteufelt wenig zu merken.

Kopf ab!

Das Eintreten einer schwachen Mehrheit des Deutschen Juristentages für die Beibehaltung der Todesstrafe hat die „Post" zu heller Begeisterung angeregt. Sie findet, daß noch viel zu wenig geköpft wird, insbesondere Hochverrätern müsse ohne Gnade der Kopf abgeschlagen werden. „Man erinnere sich nur", sagt die „Post", „an die geradezu teuflischen Pläne, zu deren Werkzeug sich der Wilhelmshavener Schutzmann Glauß hergegeben hatte, und deren Gelingen unter Umständen die Vernichtnng von Hunderten von Menschenleben, direkt oder indirekt, nach sich gezogen haben würde."

Wenn jedem, der indirekt den Tod von Menschen verschuldet hat, der Kopf abgehackt werden sollte, dann könnte das zu Konsequenzen führen, die der Gefolgschaft der „Post" recht unangenehm werden müßten. Man denke nur an die Menge von Arbeitern, die ihr Leben eingebüßt haben, weil die Unternehmer die Ausgaben für geeignete Schutzvorrichtungen sparen wollten.

Verrückt geworden!

Das fast völlig in Vergessenheit geratene Organ des Berliner Antisemitismus, das sich kümmerlichst vom gütigst zur Verfügung gestellten Satz der bündlerischen „Deutschen Tageszeitung" durchs Leben fristet, sucht sich durch hanebüchenen Blödsinn wieder in Erinnerung zu bringen. In seiner Ausgabe vom Sonntag „beweist" das Blatt nämlich, daß die Sozialdemokratie die Fleischteuerung verschuldet und gewollt hat. Der Erguß eines krankhaft überreizten Gehirns hat diesen Wortlaut:

„Die geheimen Oberen der Sozialdemokratie, die mit allen Großhändlerringen der Welt nicht nur versippt, sondern auch durch direkte Familienbande verknüpft sind, beginnen sich eben zu fühlen und erachten den Zeitpunkt für den schon nur zu lange von ihnen geplanten und prophezeiten Umsturz als gekommen. Sie haben dabei klugerweise eingesehen, daß mit Wahlrechtsparolen und sonstigen ideellen Dingen und Gedankenwerten bei den großen Massen nichts zu machen ist, sondern daß man sie nur dann zu unerhörtem, alle Bande frommer Scheu lösenden Tun aufwiegeln kann, wenn man sie beim Magen packt, wenn ihnen der Schmachtriemen recht eng um den Leib gelegt wird. Sie wissen das von allen Revolutionen und Gesellschaftsputschen her; zumal die „große" französische Revolution hat das mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt. So durchschauen wir denn die ganze demagogisch-sozialistische Mache und sehen, daß die Fleisch- und Lebensmittelverteuerer in denselben Kreisen zu suchen sind, in denen man so geschwollen gegen die Teuerung wütet. Volksverräter sind sie alle miteinander, die geheimen Oberen der revolutionären Parteien, wie die eben so geheimnisvollen Macher der Großhändlerringe; aber wie die breite Masse unseres Volkes nun einmal geartet ist, wird es wahrscheinlich erst zu einem furchtbaren Blutbade unter Aufgestachelten, Verblendeten und Unschuldigen kommen müssen, ehe die eigentlichen Volksverräter und Volksverderber am Galgen hängen." — Der arme Idiot, der das verbrochen hat, dauert uns!

Türkei.

Türkisch-bulgarischer Grenzzwischenfall. Sonntag sind zwei von einem Patrouillengang zurückkehrende Unteroffiziere des bulgarischen Grenzpostens bei Karteppe, Kreis Peschtochera, von türkischen Soldaten des gleichnamigen türkischen Postens aus dem Hinterhalt erschossen worden. Der Leichnam eines der Erschossenen wurde noch nicht aufgefunden; man nimmt an, daß er auf türkisches Territorium geschafft worden ist. Die Regierung hat den Gesandten in Konstantinopel beauftragt, energische Schritte zu unternehmen, damit Kämpfe an der Grenze nicht mehr vorkommen.

Marokko.

Eine Niederlage El Hibas. Ein Telegramm des Obersten Mangin vom Sonntag meldet: Eine Abteilung Gums unter dem Befehl des Majors Simon ist, nachdem sie die ihr entgegentretenden feindlichen Abteilungen bei Sidi bu Kricha, 22 Kilometer nördlich von Marrakesch, zurückgeschlagen hatte, am 7. September nachts in den Palmenhainen von Marrakesch angekommen. Mehrere Abgesandte der treu gebliebenen Kaids machten die Mitteilung, daß eine allgemeine Bewegung gegen El Hiba sich zeigen würde, sobald französische Truppen einträfen. Am 8. September, morgens 8 Uhr, erreichte die Abteilung Dar el Machsen und fand unsere Landsleute befreit, dank der Unterstützung des Kaids El Glaui. El Hiba ergriff vor der ausbrechenden Gegenrevolution die Flucht, verfolgt von dem Gewehrfeuer der Franzosen und der Bevölkerung.

Der Protest gegen den Hunger.

In hellen Scharen hat gestern abend die werktätige Einwohnerschaft Lübecks dem Rufe der Partei und Gewerkschaften Folge geleistet. Die Johannisstraße war das Ziel vieler Tausende. Hunderte der Demonstranten gegen die Volksausmacherei mußten wieder umkehren, weil sie keinen Einlaß mehr finden konnten. Im großen Saal des Gewerkschaftshauses drängte sich Kopf an Kopf. Galerie und Tribüne waren überfüllt. Sogar die Dachfenster des Saales waren besetzt und durch alle Luken lauschte man den Worten des Redners. Punkt 8½ Uhr eröffnete der Vorsitzende Genosse Löwigt die Riesenversammlung und erteilte dem Reichstagsabgeordneten Adolf Thiele aus Halle a. S. das Wort, der u. a. folgendes ausführt:

Sie alle kennen die naive Roheit, welche im Kirchengebet „O Herrgott, verleihe uns einen gesegneten Strand" enthalten ist. Mittelalterliche Strandbewohner baten also darum, es möchten Schiffe untergehen und stranden, damit sie leichte Beute aus den angeschwemmten Gütern machen könnten. Ähnlich machen es heute unsere Agrarier. Vielschlimmer ist es aber, wenn die eigne Regierung das Volk nicht gegen solche Räuber schützt und elend im Stiche läßt. Man fragt sich: Wozu ist denn eigentlich die Regierung da? Der „Vorwärts" hatte ganz recht, als er kürzlich schrieb: „Nicht nur unsere Ochsen kommen uns jetzt teuer, sondern auch unsere Minister." Wir Sozialdemokraten denken uns ja überhaupt eine andere Wirtschaftsordnung. Aber um die Zukunft handelt es sich heute nicht. Was heute nötig ist, kann innerhalb des bestehenden Staatswesens erfüllt werden, die Regierung tut indes nichts. Wenn es heute ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz gebe, müßten die Minister unter Anklage gestellt und zu der schwersten Freiheitsstrafe verurteilt werden. Aber wir haben ja den Schönheitsfehler, daß das Volk nichts bei Ein- und Absetzung der Minister zu sagen hat.

Die heutige Teuerung ist die Folge der Schutzzollära. 1878 wurde der erste Getreidezoll eingeführt. Damals sagte Bismarck auf einen Zuruf: Ein Zoll von 3 Mark pro Doppelzentner wäre eine Verrücktheit und würde niemandem einfallen. Jetzt haben wir schon lange den 5,50-Mark-Zoll. Sie können daran also das Maß von Verrücktheit ermessen. In der Nacht zum 3. Adventssonntag 1902 war es, als der Wuchertarif dem deutschen Volke gleich einer schlimmeren Weihnachtsgabe auf den Tisch gelegt wurde. Hochschutzzölle, wie sie kein anderes Land kennt. Redner geht an der Hand von statistischen Zahlen auf die Verteuerung des Brotgetreides ein und legt klar, daß Deutschlands Landwirtschaft nicht in der Lage ist, das deutsche Volk ausreichend mit Brot und Fleisch zu versorgen. Selbst wenn die landwirtschaftliche Produktion gestiegen ist, so hat sie nicht mit dem Bevölkerungszuwachs Schritt halten können. Und trotzdem haben unsere Herrschenden nicht nur die Grenzen gesperrt, sondern auch die Einfuhr von Büchsenfleisch verboten, als ob in den Blechbüchsen die Maul- und Klauenseuche eingeführt werden könnte. Und für Gefrierfleisch sind die Bestimmungen getroffen, daß ein Teil der inneren Organe völlig am Tierkörper angewachsen sein müssen, als ob das Volk die Gedärme essen soll. Mit solchen Schikanen, die jede Einfuhr ausschließen, kommt man den Agrariern zu Hilfe. Die Fleischnot stieg von Jahr zu Jahr. Jedes Jahr brachte unsere Fraktion eine Interpellation im Reichstage ein und immer wurde die Fleischteuerung als vorübergehende Erscheinung bezeichnet. Von Podbielski an bis zu Bethmann auf dem Holzweg lehnten die Minister es ab, energische Maßnahmen zu treffen. Und noch vor wenigen Tagen wagte es die „Nordd. Allg. Ztg.", das Organ Bethmanns, zu behaupten, die Fleischknappheit und allgemeine Teuerung sei eingetreten, weil die Kaufkraft des Volkes gestiegen sei. Redner zeigt dann, ebenfalls auf Grund der amtlichen Feststellungen, wie die Fleischpreise seit zehn Jahren um über das Doppelte gestiegen sind. Die Regierung darf nicht dagegen einschreiten, weil ihre Oberherren — die Junker — das niemals zugeben werden. Nun könne mancher fragen: Ist es denn wirklich so schlimm, wie es die Sozialdemokraten angeben. Auch hier geben die amtlichen Statistiken eine bejahende Antwort. Allein vom Januar bis Juli dieses Jahres ist der Arbeiterhaushalt um mehr als 3 Mark pro Woche verteuert worden. Und das im ersten Halbjahr. Wie wird es erst im Winter werden? Und wenn auf das Steigen der Preise im Ausland hingewiesen wird, so mag das zutreffen. Aber immer ist dort der Preis um den Betrag billiger, als der Zoll ausmacht. Das beweist Redner auch durch die tabellarische Aufstellung der Weltmarktpreise. In England und Frankreich gibt es heute noch ausgezeichnete Fleischarten für 45—55 Pfg. und in Italien und Dänemark ist das Fleisch auch in ausgezeichneter Qualität um vieles billiger. In der Türkei gab es das beste Hammelfleisch für 27 bis 28 Pfg. Kurz, in keinem Lande ist das Fleisch so teuer wie in Deutschland. Ein Beweis, daß nur das verbrecherische agrarische Zoll- und Prämiensystem an der Volksausplünderung schuld ist. Sogar bürgerliche Blätter weisen darauf hin, daß in den Grenzorten keine Fleischnot zu merken ist, weil die Einwohner ihren Bedarf jenseits der Grenze decken. An der französischen Grenze kauft man bestes Rindfleisch für 45 bis 48 Pfg. Auch Schweinefleisch und Kalbfleisch sind jenseits der Grenzen um fast zwei Drittel billiger als in Deutschland. Nun erstreckt sich die Teuerung bekanntlich nicht nur auf tierische, sondern auch auf pflanzliche Lebensmittel. Auch da ergibt sich auf dem Weltmarkt das gleiche Bild. An der Hand einwandfreier Statistiken weist Redner nach, daß Deutschlands Volk die höchsten Preise zahlen muß, obwohl die Arbeiter nicht die höchsten Löhne haben. Fordern aber die Arbeiter höhere Löhne, um die Preissteigerung einigermaßen auszugleichen, dann schreit man über Terrorismus, ruft nach Gendarmen und Militär und läßt die Streikjustiz wüten. Die Justiz ist auf der andern Seite blind gegen die Machenschaften der Junker. Es ist unglaublich, welcher Bosheiten die herrschende Sippe sich in Deutschland erlauben kann. Es sei nur auf die Ausfuhrprämien, das fluchwürdige System der Einfuhrscheine hingewiesen, das vom Redner in drastischer Weise erörtert resp. den Hörern vor Augen geführt wird. Die Reichskasse leistet alljährlich aus Mitteln der Steuerzahler erhebliche Zuschüsse, die in die Taschen der Agrarier fließen. Bis jetzt kostet der Spaß der Reichskasse fast 900 Millionen Mark. Das ist die nationale Politik, um derentwillen das deutsche Volk schmachtet. Das ist die Politik, die sich nach Bethmanns Ansicht bewährt hat, daß die Regierung sie mit Zähnen und Klauen verteidigen will. (Pfuirufe.) Nun heißt es, beweist doch ihr Sozialdemokraten, daß die Fleischnahrung absolut notwendig ist. Es ist in den letzten Wochen wiederholt auf die vegetarische Nahrung hingewiesen. Zweifellos gibt es Leute, die völlig vegetarisch leben und sich wohl dabei fühlen. Der Staat selbst hat nun ganz genau festgelegt, wieviel Pfund Fleisch für einen Soldaten unbedingt notwendig ist. Wollte ein Familienvater mit Frau und drei Kindern jährlich soviel Fleisch haben, wie ein Marinesoldat, dann müßte sie jährlich weit über 600 Mark allein für Fleisch ausgeben. Trotzdem der Notstand bestritten wird, sucht die Regierung nach Sündenböcken für die Fleischnot. Da hat sie deren drei entdeckt. Erstens sind es die Fleischer, die immer protzig leben wollen und hohe Preisaufschläge vornehmen, dann sei es die politische Presse, die immer von der nichtexistierenden Fleischnot schreibe und endlich seien es die Konsumenten. Die Arbeiterfrauen kaufen eben zuviel Fleisch. Die „Post" und die „Kreuzzeitung" schreiben nun, daß genossenschaftliche Schweinemästereien entstehen, an deren Spitze konservative Männer ständen. Nun, das letztere beweist schon, daß davon keine Abhilfe kommen kann. Denn die Konservativen sind niemals die besten Brüder gewesen. Also kann nur Oeffnung der Grenzen helfen. Der agrarische Minister von Soden hat ausgeführt, die allgemeine Preislage würde dadurch nicht beeinflußt, das haben wir Sozialdemokraten ja schon immer gesagt. Wir bezahlen den Weltmarktspreis und den Zollaufschlag. Die Junker stecken den Zollbetrag in die Tasche und sie sträuben sich mit Händen und Füßen gegen die Oeffnung der Grenzen. Allen voran wettert Knutenörtel gegen unsere Forderung. Er hat ja dafür kürzlich auch den Kronenorden bekommen. Die Notlage des Volkes schreit zum Himmel. Bekanntlich steigt in Zeiten von Lebensmittelteuerung die Kriminalität. Not bricht eben Eisen. Und die Richter sind blind gegen die Veranlassung. Erst vor einigen Tagen ist ein furchtbares Urteil aus Schlesien bekannt geworden. Ein Arbeiter hat aus einer Abdeckerei Fleisch von gefallenem Vieh geholt, um es mit seiner Familie zu ver-

zehren. Er wurde wegen Diebstahls angeklagt und zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. (Hört! Hört! und lebhafte Pfuirufe!) Vermehrte Säuglingssterblichkeit und Auswanderung steigen, sind auch Folgen der Teuerung. Im verflossenen Monat sind über Hamburg doppelt soviele Leute ausgewandert wie im August vorigen Jahres. In mehreren schlesischen Orten haben die Frauen revoltiert und die Butter der Lebensmittelteuerer durch Sand beschädigt. Die Folge war wohl ein momentaner Preisrückgang. Aber dafür wird nun auch der Strafrichter einschreiten. Wie stellt sich nun die höchste ausschlaggebende Stelle. Es leuchtet wohl ein, daß Bethmann-Hollweg nicht auf eigene Faust Politik treibt. Wilhelm II. hat aber erst vor wenigen Tagen eine Rede gehalten, daß jeder Deutsche zufrieden sein könne. Er weiß es anscheinend nicht anders. Aber es wäre seine Pflicht, die verschiedensten Zeitungen zu lesen, die Preise zu verfolgen usw. Wenn der Kaiser ins Land fährt, da findet er Illumination, Hurrageschrei und sieht alles in Butter. Ein Teil der Verantwortung liegt also auch bei den Kreisen, die solchen Klimbim mitmachen, der die Meinung des Volkes über die Schäden des herrschenden Systems verschleiert. Wir müssen nicht bloß Maßnahmen gegen die Fleischteuerung fordern, sondern das ganze Sstem bekämpfen. Die herrschenden Zustände sind unglaublich. Redner weist auch darauf hin, daß die Agrarier in ihrer Selbstsucht nicht einmal die sittlichen Verhältnisse beachten. Sie verteuern Brot und Fleisch und lassen die Armen schuldig werden, um sie später der Pein zu überantworten. Aber alle Machtmittel der Herrschenden würden ihnen nicht helfen, wenn das Volk einig zusammenstehen würde. Leider gibt es noch Tausende, die die bürgerliche Presse unterstützen, anstatt das Arbeiterorgan zu lesen. Leider haben die Gegner noch recht, wenn sie sagen: Die papierenen Resolutionen allein sind ungefährlich. Aber wenn auch die Resolutionen wieder Hunderte und Tausende, die die Resolutionen annehmen, zum Denken veranlaßt werden und für die Sache der Befreiung des Volkes gewonnen werden, dann tragen die Resolutionen ihre Früchte. Jeder, der noch nicht zu uns gehört, muß kommen, um bessere glücklichere Zeiten erkämpfen zu helfen. Dann aber wird das Volk nie wieder unter Teuerungen zu leiden haben. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Hierauf verlas der Vorsitzende, Genosse Löwigt, folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

Die versammelten Männer und Frauen sind sich einig in der Überzeugung, daß die von Jahr zu Jahr schlimmer gewordene Teuerung aller Lebensmittel verursacht ist durch die agrarische Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches und durch die Auswüchse der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Versammelten protestieren gegen die hohnvolle Behandlung der Teuerungsfrage durch die Reichsregierung. Sie fordern die schleunige Einberufung des Reichstages, von dem sie erwarten, daß er die Herabsetzung der Zollschranken, die Erleichterung der Vieh- und Fleischeinfuhr sowie sonstige geeignete Maßregeln zur Abhilfe der Teuerung beschließen, insbesondere auch das Verlangen des Fischereikapitals nach Einführung eines Seefischzolles energisch zurückweisen wird. Die Versammelten verpflichten sich, den Kampf gegen den Lebensmittelwucher tatkräftig dadurch zu unterstützen, daß sie sich der sozialdemokratischen Partei anschließen, deren Presse lesen und ihre Bestrebungen zur Herbeiführung einer besseren Staats- und Gesellschaftsordnung fördern helfen.

In der Dislussion sprach sich Salamon dafür aus, daß man zur Selbsthilfe greifen sollte, wie das in Schlesien geschehen sei; ferner wäre es zweckmäßig 11 Tage lang auf jegliche Fleischnahrung zu verzichten. Die Arbeiter sollten auch bei den Unternehmern vorstellig werden, um höhere Löhne zu fordern. Allerdings habe ein hiesiger Arbeiterbetrieb gerade jetzt die Löhne seiner Angestellten erheblich gekürzt. Genosse Stelling berichtete über die Aktion in der Bürgerschaft, die auf die Initiative der Sozialdemokraten zurückzuführen sei. Es war überraschend, in der Verhandlung zu hören, daß der Lübecker Senat im Einverständnis mit der Handelskammer bereits Schritte unternommen habe. Es ist aber festgestellt, daß der sozialdemokratische Antrag früher in den Händen des Wortführers war, als die Handelskammer und die Liberalen sich damit beschäftigt haben. Der Senat habe erklärt, daß an vier Tagen in der Woche am Hafen Seefische verkauft würden. Bisher war der Oeffentlichkeit nichts davon bekannt. In der Debatte habe sich der Agrarier Henk auf den Standpunkt gestellt, daß die ganze Fleischnot „nur ein Rummel" sei. Von Dr. Meyer und Dr. Hartwig sei anerkannt worden, daß die Teuerung bestehe, aber was die Sozialdemokraten wollten, das gehe zu weit. Sie folgten der Parole des Amtsblattes. Schließlich wurden aber sowohl der sozialdemokratische als auch der liberale Antrag angenommen. Die Bürgerschaft habe also der Stimmung des Volkes Rechnung getragen. Was indes weiter kommen wird, das stehe auf einem anderen Blatt. Es stehe noch nicht fest, daß der Bürgerausschuß — in dem statt drei nur ein Sozialdemokrat sitzt — dem zustimmt. Für die Moislinger Genossen teilte Stelling mit, daß der „Bürgermeister" Tegtmeyer gegen die Anträge gestimmt habe, obwohl man ihm ein „arbeiterfreundliches" Herz nachsage. Herrn Tegtmeyer würde wohl im nächsten Jahre bei der Bürgerschaftswahl die Quittung ausgestellt werden. Den von Salamon vorgeschlagenen Fleischboykott ersucht Redner abzulehnen, weil das Sache der gewerkschaftlichen Organisationen ist. Gleichfalls sei die von diesem Redner empfohlene „Selbsthilfe" verfehlt. Was den „arbeiterfreundlichen Betrieb" anbetrifft, so habe dort bisher zum Teil Akkordsystem geherrscht. Wir sind gegen dieses System und nun ist es abgeschafft worden. Dadurch sind natürlich zunächst Lohneinbußen bei einem Teil der Beschäftigten zu konstatieren. Darüber zu reden sei aber hier in der Protestversammlung nicht der Ort. Redner betonte, daß die Arbeiterschaft nicht gewillt ist, die Teuerung gutwillig hinzunehmen. Sie sollen es aber nicht beim Protest bewenden lassen, sondern — soweit es noch nicht geschehen — sich der politischen Organisation anschließen. Im Schlußwort weist Genosse Löwigt darauf hin, daß entgegen den Behauptungen Salamons die Arbeiter durchaus nicht ohnmächtig sind, wenn sie durch ihre Parteizugehörigkeit oder den Anschluß an sie, in geschlossener Phalanx den Brot- und Fleischwucherern gegenüberstehen. Redner forderte zum Abonnement der Arbeiterpresse auf und schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie die imposante Kundgebung. Nach der Entleerung des Saales glich die Johannisstraße einem Menschenstrom, der gleichfalls eine wirkungsvolle Demonstration als Abschluß der Protestaktion darstellte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 10. September.

Die Fleischnot beschäftigte gestern abend die Lübecker Bürgerschaft. Auf Antrag von 31 Mitgliedern war die Versammlung einberufen, um Stellung zu nehmen zu den von der sozialdemokratischen Fraktion und von Herrn Heise gestellten Anträgen, die Maßnahmen zur Linderung der herrschenden Lebensmittelteuerung forderten. Wie groß das Interesse der Bevölkerung an dieser Frage ist, bewies die überfüllte Zuhörertribüne, die bei weitem nicht allen Raum bot, die den Beratungen beiwohnen wollten.

Genosse Stelling begründete in wirkungsvoller Rede den sozialdemokratischen Antrag und lieferte ziffernmäßig den Nachweis, wie schwer das deutsche Volk durch unsere verkehrte Wirtschaftspolitik geschädigt wird. Auch das Amtsblatt, das teils in verschämter, teils in unverschämter Weise den Handlanger der Agrarier spielt, erhielt einige wohlgezielte Hiebe. Herr Heise unterstützte in der Hauptsache Stellings Ausführungen und trat für die Einsetzung einer gemischten Kommission ein.

Vom Senatstische konnte man das Bestehen einer drückenden Teuerung nicht bestreiten. Es wurde sogar zum allgemeinen Erstaunen bekannt gegegeben, daß schon die Handelskammer und das Polizeiamt sich mit der Sache befaßt hätten, was zweifellos auf Konto des sozialdemokratischen Antrages zu setzen ist. Interessant war ferner die Nachricht, daß das Polizeiamt bereits an vier Tagen in der Woche am Hafen frische Seefische verkaufen läßt. Warum hat man aber der Bevölkerung bisher keine Kenntnis von dieser Maßnahme gegeben? Es berührt doch ganz sonderbar, daß man den Seefischverkauf unter Ausschluß der Öffentlichkeit betreibt. Schließlich hatte der Senat gegen die Annahme der Anträge nicht viel einzuwenden.

In der Diskussion waren fast alle Redner der Ansicht, daß etwas gegen die herrschende Fleischnot unternommen werden müßte. Nur der Landbündler Henk aus Bültwisch wandte sich gegen die Ausführungen Stellings, wennschon er sich nicht gegen den Antrag Heise aussprach. Herr Dr. Hartwig, der nicht die herrschende Wirtschaftspolitik für die Notlage der Konsumenten verantwortlich machen wollte, tat den bemerkenswerten Ausspruch, daß der Fleischnotartikel der „Lübeckischen Anzeigen", dem er nicht zustimmt, auch Vernünftiges enthalte, womit gesagt wurde, daß der größte Teil desselben unvernünftig sei. Das ist auch unsere Auffassung. Schließlich wurden beide Anträge dem Bürgerausschuß überwiesen.

Wir haben nur den Wunsch, daß diese Teuerungsdebatte in der Bürgerschaft, die sich vorteilhaft von derjenigen abhob, die vor nahezu einem Jahre an der gleichen Stätte gepflogen wurde, dazu beiträgt, daß wirkungsvolle Maßnahmen zur Linderung des bestehenden Notstandes ergriffen werden.

Ein Gautag des Verbandes der Fabrikarbeiter tagte am Sonntag und Montag im hiesigen Gewerkschaftshaus. Der Gau erstreckt sich über Hamburg, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Bremen, Lübeck, den nördlichen Teil der Provinz Hannover und das westliche Mecklenburg. Anwesend waren 67 Delegierte aus 35 Orten, zwei Gauleiter und als Vertreter des Hauptvorstandes Thiemig-Hannover. Gauleiter Borger gab den Tätigkeitsbericht der Gauleitung für die Jahre 1910 und 1911: Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des vierten Quartels 1909 25 638 männliche und 2675 weibliche, zusammen 28 313 Mitglieder mit 840 601 verkauften Beitragsmarken. Am Schlusse des letzten Quartals 1911 dagegen zählten wir 30 827 männliche und 3727 weibliche, zusammen 34 554 Mitglieder mit 410 293 verkauften Beitragsmarken. Der absolute Zuwachs beträgt demnach 6241 Mitglieder. Neben den Erfolgen unserer intensiven Aufklärungsarbeit können sich die Resultate der Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchaus sehen lassen. Es fanden insgesamt 321 Bewegungen statt. 180 davon verliefen ohne Arbeitseinstellung und 167 von ihnen wurden mit Erfolg beendet. In 39 Fällen wurde die Arbeit eingestellt und in 28 Fällen die Bewegung mit Erfolg beendet. An sonstigen Differenzen wegen Lohnabzug, Maßregelung usw. waren in 81 Fällen 2068 Verbandsmitglieder beteiligt. In 21 Fällen mit 2817 Beteiligten wurde die Organisation in Aussperrungen und Streiks anderer Verbände hineingezogen. Insgesamt nahmen an den Bewegungen im Gau in den beiden Jahren 20 262 Personen teil. Die erzielten Erfolge lassen sich jedoch erst richtig werten an der Hand der Statistik über die erreichten Lohnerhöhungen und die Verkürzungen der Arbeitszeit. Es wurden im Jahre 1910 erreicht für 1689 Beteiligte 3800 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche oder 2½ Stunden pro Kopf und für 5561 Beteiligte 8898 Mk. Lohnerhöhung pro Woche oder 1,60 Mk. pro Kopf. Im Jahre 1911 wurden erzielt für 2763 Beteiligte 6548 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche oder 2½ Stunden pro Kopf und für 7907 Beteiligte 13 700 Mk. Lohnerhöhung pro Woche oder 1,72 Mk. pro Kopf. Außer diesen Erfolgen wurde fast bei allen Bewegungen eine entsprechende Entschädigung für Überzeitarbeit und in einer Anzahl von Fällen zeitiger Arbeitsschluß an den Vorabenden der drei hohen Festtage bei Fortzahlung des Lohnes erreicht. Die Gewährung von Ferien ist in steter Entwickelung begriffen. Nach einer statistischen Zusammenstellung werden zurzeit in 47 Betrieben 4779 Arbeitern beider Geschlechter drei bis sechs Tage Ferien gewährt. Ferner waren die Forderungen auf Einrichtung von An- und Auskleideräumen, Waschvorrichtungen, Lüftungsanlagen und Beseitigung sonstiger Mißstände fast ausnahmslos von Erfolg. Die Zahl der Tarifverträge wächst von Jahr zu Jahr. In 36 Fällen konnten die errungenen Positionen durch Tarifverträge sichergestellt werden. Die Gauleitung hatte an 350 Versammlungen, 231 Sitzungen und 175 sonstigen Veranstaltungen teilzunehmen. Die Erfolge der in den verschiedenen Orten des Gaues vorgenommenen Hausagitationen befriedigen nicht; sie sind gegen die vorige Berichtsperiode zurückgegangen. Doch sind von der Gauleitung Schritte getan, die diesen Übelstand zu beheben versprechen. Die Zahl der zum Gau gehörenden Zahlstellen ist von 50 auf 55 gestiegen. Die Zahlstelle Malente hat sich an Eutin, die Zahlstelle Sonderburg an Flensburg angeschlossen. Die Zahlstelle Oldenburg wurde neu gegründet und die Zahlstellen Boizenburg, Dömitz und Lübtheen sind dem Gau vom Gau Stettin überwiesen worden. Ferner wurden nach Aufhebung des Agitationsleiterpostens in Stade in den Orten Cuxhaven, Hemmoor und Stade selbständige Zahlstellen errichtet. Die Gaukasse schließt ab mit einer Einnahme von 19 214,15 Mk. und einer Ausgabe von 18 854,84 Mark. In der Diskussion über den Tätigkeitsbericht regt Adler-Hamburg an, noch mehr als bisher den Verbleib der Fabrikate der Margarine-Industrie und anderer Industrien die an Konsumvereine liefern, zu erforschen, um diese Kenntnis bei Lohnbewegungen nutzbar zu machen. Thiemig (Hauptvorstand) wünscht, daß in Zukunft die Hausagitation präziser gestaltet und besser ausgebaut wird. Die Zahlstellenleitungen müßten großes Gewicht auf die pünktliche Unterrichtung der Verbandsinstanzen legen, um dem Vorstand die Möglichkeit zu geben, die Statistik auszubauen. — Mehrere Redner gehen auf die Zuücksetzung durch die Parteipresse ein, wogegen sie den Widerstand der Zahlstellenleitungen aufrufen. — Hagemann-Hamburg weist gegenüber dem Vorstandsvertreter darauf hin, daß der Gau 15 am besten von allen Gauen organisiert sei. Deshalb dürfe man im Gau 15 keine sprungweise Entwicklung mehr erwarten. Diez-Flensburg erörtert die Schwierigkeiten der Agitation unter den Ziegeleiarbeitern. Von 200 Zieglern, die in einer Saison aufgenommen seien, wären am Schluß des Jahres noch vier dagewesen, die andern aber wieder abgereist. Darauf wurde der Gauleitung Entlastung erteilt. Über die Beschlüsse des kürzlich stattgefundenen Verbandstages referierte Radden-Lübeck. Über die Abgrenzung des Agitationsgebiets und die Branchengliederung innerhalb des Verbandes der Fabrikarbeiter, eine Frage, die auf dem letzten Verbandstag eingehend behandelt wurde, hielt Gauleiter M. Schwarz in weitausgehender Weise ein instruktives Referat. Er beschäftigte sich vor allem mit den verschiedenen Organisationsformen. Entweder Berufsorganisation oder Betriebs- resp. Industrieorganisation. Mehr und mehr werden die gelernten von den ungelernten Arbeitern verdrängt. Der moderne Großbetrieb vereinigt in der Mehrzahl der Fälle Arbeiter mit der unterschiedlichsten beruflichen Tätigkeit. Für die Arbeiter sind drei, vier und mehr Organisationen zuständig. An der Hand von Beispielen beweist der Redner, wie wenig die organisatorische Zersplitterung der Arbeiter in der modernen Industrie dem gewerkschaftlichen Interesse entspreche. Hoffentlich beschäftige sich der Gewerkschaftskongreß bald eingehend mit der behandelten Frage. Wenn die Branchengliederung durchgeführt werden solle, so müsse das nach einheitlichen Grundsätzen geschehen, wie sie im Statut aufgestellt seien. Eine Diskussion über die beiden Referate wurde nicht beliebt. Über die Bedeutung des Arbeitsnachweises für unsere Mitglieder referierte M. Hegemann-Hamburg. Redner empfiehlt die Annahme folgender Resolution: „Um die arbeitslosen Verbandsmitglieder der Ausbeutung durch die privatgewerblichen Stellenvermittler zu entziehen, empfiehlt die Gaukonferenz den Zahlstellen des Gaues, der Arbeitsvermittlung in den für uns zuständigen Industriezweigen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Je nach Lage der örtlichen Verhältnisse ist Sorge zu tragen, daß sowohl die bezugsberechtigten wie nichtbezugsberechtigten arbeitslosen Mitglieder in Listen eingetragen und bei eventuellen Vakanzen nach Maßgabe eines Arbeitsnachweisreglements Arbeit nachgewiesen erhalten. Die Arbeitsvermittlung muß für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer vollständig gebührenfrei sein und muß den Arbeitgebern wie Arbeitnehmern die Existenz des Arbeitsnachweises von Zeit zu Zeit bekanntgegeben werden. Sämtlichen Verbandsmitgliedern, besonders den Vertrauensmännern in den Betrieben wird nochmals nachdrücklich zur Pflicht gemacht, eventuelle Vakanzen der Arbeitsnachweisstelle umgehend zu melden. In der Diskussion regt Piehl-Bergedorf an, zwischen den Verbänden ungelernter Arbeiter ein Kartellverhältnis in der Arbeitsvermittlung zu schaffen, um stets in der Lage zu sein, die offenen Stellen sofort zu besetzen. Seidenschnur-Harburg wünscht, daß die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag und die Vertreter der Arbeiter in den Kommunen sowie die Gewerkschaftskartelle sich der Frage der Arbeitsvermittlung mehr widmen. Der gleiche Wunsch wird von anderen Rednern besonders in bezug auf die Gewerkschaftskartelle geäußert. Nach einem kurzen Schlußwort des Referenten wird die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen. Fragen der praktischen Agitation behandelt Gauleiter M. Schwarz in einem längeren Referat. In den Ziegeleien müsse die Agitation im Frühjahr einsetzen, nachdem bereits in den Wintermonaten die nötige Fühlung mit den ständigen Arbeitern in den Ziegeleien genommen sei. Es gelte vor allem, über die Betriebsverhältnisse die genaueste Kenntnis zu erhalten. Die Hausagitation sei intensiver zu betreiben. Gerade bei dieser Agitation dürfe man den Mut nicht sinken lassen, wenn die Erfolge den gehegten Erwartungen nicht entsprechen. Um den Versammlungsbesuch zu heben, müsse vor jeder Versammlung eine Sitzung der Zahlstellenleitung und der Vertauensleute stattfinden, in der die Versammlung vorbereitet wird. Zur Stabilisierung des Mitgliederbestandes und um über die Zahlstelle jederzeit eine klare Übersicht zu erhalten, sollte man allerorts das System der Personalkarten einführen, dann würde auch die starke Fluktuation sich mindern, seien doch in den beiden letzten Jahren von rund 30 000 Eingetretenen nur rund 6000 geblieben. Dem Referat folgte eine lebhafte Diskussion, in der Körner-Hamburg bittet, beim Hauptvorstand zu erwägen, ob nicht bald wieder eine allgemeine Konferenz für die Ziegelindustrie einberufen werden soll. Darauf begründet Becker-Elmshorn einen Antrag, die Gaukonferenzen vor dem Verbandstag abzuhalten. Nachdem Gauleiter Borger dem Antrag widersprochen, wird er abgelehnt. Kunz-Kiel begründet einen Antrag seiner Zahlstelle, den Bericht von der Gaukonferenz gedruckt den Zahlstellen zuzustellen. Mit dem Hinweis auf die Berichterstattung in der Presse und darauf, daß der Bericht der Gauleitung in Zukunft gedruckt erscheinen solle, wird der Antrag als erledigt betrachtet. Die Drucklegung des Tätigkeitsberichts für die nächste Berichtsperiode wird beschlossen. Die Kosten sollen die Zahlstellen tragen. Ein Antrag Barel, für die Ziegler Branchenkonferenzen abzuhalten, wird angenommen. Dann wird beschlossen, den nächsten Gautag in Elmshorn abzuhalten. Nach einem kurzen kernigen Schlußwort des Gauleiters Borger wird der Gautag geschlossen.

Warnung vor einem Schwindler. In Wismar ist in den letzten Tagen des Monats August d. Js. ein unbekannter Mann, der in der dortigen Herberge „Arbeiterheim" unter dem Namen Kaufmann W. Fricke aus Hamersleben wohnte, als Konzertunternehmer aufgetreten. Er ließ in einer Druckerei Listen und Karten für einen am 17. d. Mts. angesetzten Konzertabend der Konzertsängerin Ellinor Walden anfertigen. Zur Mitwirkung hatte er einen Musiklehrer und einen Organisten zu gewinnen gewußt, und hatte auch bereits den Saal eines Hotels für diese Veranstaltung gemietet. Nachdem er dann eine Anzahl Eintrittskarten verkauft hatte, ist er heimlich aus Wismar verschwunden. Da es sich zweifellos um einen Schwindler handelt, der versuchen wird, an andern Orten denselben Betrug in Szene zu setzen, so wird vor ihm gewarnt.

Der Dobermann-Pinscher im Spitzenhöschen. Ein ergötzlicher Anblick bot sich heute morgen den Passanten der Holstenstraße in der Nähe des Holstentores. Eine Dobermann-Hündin stolzierte zum Gaudium des Publikums mit einer schneeweißen Damenunterhose befrackt durch die Straßen und erweckte ein nicht endenwollendes Gelächter bei jung und alt. Jedenfalls hat jemand aus Mitleid mit den Haustieren wegen der sich bereits fühlbar machenden allmorgendlichen Kälte sich diesen Scherz erlaubt.

pb. **Verhaftungen.** Festgenommen wurde in Travemünde ein Arbeiter aus Galizien, der einem dortigen Schlossermeister ein Jackett und eine Weste gestohlen hat. — Festgenommen wurde ein hiesiger Arbeiter, der aus einem Hause der Brolingstraße, mittels Erbrechens einer Kommode, 37 Mk. gestohlen hat.

Schwartau. Volksversammlung. Am Freitag, dem 13. September, abends 8½ Uhr, findet eine öffentliche Volksversammlung im Gasthof Transvaal statt. Die Tagesordnung lautet: „Der Kampf gegen die Agrarierpolitik." Als Referent ist der Genosse Stelling-Lübeck gewonnen. Genossinnen und Genossen sorgt für einen Massenbesuch, damit auch unsere Demonstrationsversammlung zu einer wuchtigen Massenkundgebung ausfällt.

Seereh. Mit der Teuerung beschäftigt sich eine morgen, Mittwoch abend 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wendt stattfindende Volksversammlung. Angesichts der herrschenden Teuerung ist es Pflicht eines jeden Einwohners und auch der Frauen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Eutin. Sozialdemokratischer Verein. Auf die am Mittwoch, dem 11. September, abends 8 Uhr bei Knickrehm stattfindende Mitgliederversammlung sei an dieser Stelle ganz besonders aufmerksam gemacht. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht von der Kreis-Generalversammlung, Vortrag über Gemeindepolitik, Referent Gen. Borchert, Stellungnahme zu den bevorstehenden Gemeinderatswahlen, Aufstellung von Kandidaten und Verschiedenes, Stellungnahme zu der am Sonnabend stattfindenden Volksversammlung.

Altona. Einen entsetzlichen Selbstmord beging die in der Gerrittstraße wohnende 34 Jahre alte Frau Eline Bons, die von ihrem Manne getrennt lebt. Sie begoß ihre Küche an verschiedenen Stellen und dann sich selbst mit Petroleum und steckte ihre Kleider in Brand. Als Nachbarn die Flammen gewahr wurden und in die Bons'sche Wohnung eilten, fanden sie, nachdem das Feuer gelöscht, Frau Bons in einem Winkel der Küche tot auf dem Fußboden liegen. Die Leiche war halb verkohlt. Auf dem Tische stand eine Petroleumlampe, um diese herum waren Familienbilder aufgestellt und auf einer Schiefertafel, die daneben lag, standen die Worte: „Lebe wohl Willi, warum bist du fortgegangen?" Die Ermittelungen haben ergeben, daß Frau Bons mit einem Kesselschmied, der bei ihr logierte, ein Verhältnis unterhielt. Am Sonnabend abend haben sie zusammen gezecht, waren dabei in Streit geraten und der Kesselschmied soll, nachdem er Frau B. verprügelt, davongegangen sein.

Schwerin. Eine Extrawurst wollen die Erbpächter usw. des Domaniums für sich bei der Verfassungsreform herausschlagen. Der „Verein für domaniale Interessen" hat nämlich dem Staatsministerium in Schwerin nachfolgende Resolution eingereicht und um Prüfung der darin enthaltenen Wünsche und um deren Berücksichtigung gebeten. Die Entschließung lautet: Der Verein für domaniale Interessen in Mecklenburg-Schwerin, der satzungsgemäß sich nur mit den Verhältnissen und Wünschen der Domanialbevölkerung befassen will, beschließt in bezug auf die Reform der Landesverfassung: 1. Die Landesverfassung muß dafür Sorge tragen, daß das Domanium entsprechend seiner Größe, seiner Bevölkerung und seiner kulturellen Bedeutung im gemeinsamen Landtage vertreten ist. 2. Damit die Interessen der domanialen Bevölkerung nicht durch eine der anderen Vertretungsgruppen zurückgesetzt werden können, dürfen die Vertreter aus ritter- oder landschaftlichem Gebiet nicht in der Zahl vertreten sein, daß sie eine Majorität aus sich herausbilden können. 3. Die Vertreter des Domaniums sind von der gesamten männlichen Bevölkerung des Domaniums allein, beschränkt durch Mindestalter und Staatsangehörigkeit, in geheimer direkter Wahl aus der Zahl der Wahlberechtigten zu wählen. 4. Die Wählerklassen sind nicht nur auf Grund der Steuerleistung, sondern unter gerechter Berücksichtigung des Grundbesitzes und der auf Hochschulen und Seminaren erlangten Vorbildung einzurichten. — Auch diese Leutchen sind also Feinde des gleichen Wahlrechts, was freilich nicht überrascht.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Holsten-Meierei
Wickedestraße 44
2025) Fernruf 2336
empfiehlt täglich frische
ff. Meierei-Butter, Schlag- u. Kaffeesahne, Vollmilch, Mager- und Buttermilch, Dickmilch, Pimpkäse.

Ia. dicke Flomen Pfd. 90 ₰
„ frisch. Kopf u. Bein „ 35 ₰
„ frische Kochrippen „ 35 ₰
„ frisch. Abfallknochen „ 15 ₰
„ ger. Schweinsback. „ 85 ₰
ohne Knochen
Karl Lahrtz, vorm. **M. Lahrtz.**
3168) Böttcherstraße 14-16.

Weine u. Spirituosen
in jeder Preislage und in nur besten Qualitäten :: 3082
Wilhelm Rahfoth
Untertrave 113. Fernsprecher 687.

Aug. Büttner, Uhrmacher
Hüxstraße 32.
Reparaturen an Uhren
Wecker reparieren . . . . 1.— Mk.
(1 Jahr Garantie)
Uhrgläser I. Qualität . . . 0.25 „
Uhrkapsel . . . . 0.35 „
Ia. Wecker von 2.50 Mk. an. 3188

Feinste frische **II. Sorte Meierei-Butter**
pro Pfund **1.30** M. besonders schön ausfallend, empfiehlt
Th. Storm Nachf.
Fernsprecher 473. (3187) Königstraße 98.

Magenleidende.
Mache ganz besonders auf das
Zippendorfer Schwarzbrot
aufmerksam. (Dasselbe ist nicht sauer.)
Nur echt wenn
A. Weiss, Schutzmarke 121632
3184) gestempelt ist.
Zippendorfer Brotfabrik
Hauptniederlage Königstr. 98.

Institut für Elektro- u. Mechano-Therapie.
Elektrisches Lichtheilbad.
Friedrich-Wilhelmstr. 1. **Lübeck** Fernsprecher 3142.
Physikalisch-Diätetische Krankenbehandlung
(Naturheilmethode) nach Dr. Lahmann, Dr. Böhm, Dr. Walzer, Kneipp etc. Prospekte gratis. (3178

Achtung Schneider!
Mitglieder - Versammlung
am Mittwoch, dem 11. September
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Die Beschlüsse des letzten Verbandstages. Referent: Kollege **Strübig-Hamburg.**
2. Erhebung von Extrabeiträgen.
3. Stellungnahme zum Kartellregulativ.
4. Verschiedenes.
Die Kollegen werden ersucht zahlreich zu erscheinen.
3167) Die Ortsverwaltung.

Neue Subskriptions-Eröffnung

Unsere Abonnenten erhalten ein weltberühmtes Buch **für nur 25 Pfennig**
pro Woche in Lieferungen erscheinend und zwar die hochinteressanten Erlebnisse und Erfahrungen:
Carl Hagenbeck Von Tieren und Menschen

Wir bieten hierdurch unsern Lesern den Vorteil, dieses wertvolle Werk mit 134 zum Teil farbigen Bildern, das den Stolz jeder Bibliothek, einen Hausschatz für die ganze Familie bildet, das für Alt und Jung interessant und lehrreich ist, ohne Verteuerung in
Raten v. wöchentlich 25 Pf. zu beziehen.
Hier liegt ein Buch vor, wie kein zweites bisher geschrieben wurde, noch jemals geschrieben werden kann, ein Buch, das jeder sich anschaffen sollte.

„Ein Volksbuch im besten Sinne" ist Carl Hagenbecks Werk mit Recht genannt worden. Es hat den ungeheuren Erfolg, den es erzielte, auch verdient. Ein Mensch erzählt darin seine Erlebnisse u. Erfahrungen, der auf der ganzen Erde heimisch ist, dessen Interesse sich auf alle Arten von Tieren und Menschen richtet, der Weltreisender, Tierzüchter und Kaufmann in einer Person ist. Und er versteht es, seine Erlebnisse so interessant u. spannend zu schildern, wie der beste Roman es kaum vermag.

Carl Hagenbeck [illegible]

die interessanteste Veröffentlichung, die in den letzten Jahren erschienen ist.

Carl Hagenbecks Erlebnisse und Erfahrungen sind aber mehr als eine Reihe enorm fesselnder und unübertrefflich anschaulich geschilderter Erzählungen. Das Buch gibt vor allem den Lebensgang eines Mannes wieder, der aus kleinen Anfängen ein Welthaus begründet hat, und enthält eine Fülle beherzigenswerter Lebenserfahrung. Auch für die reife Jugend bedeutet Hagenbecks Werk ein Buch, wie es sich besser nicht denken läßt.
Von der ersten bis zur letzten Seite [illegible]

80000 Exemplare bereits verkauft

Das Werk ist auch in einem Bande zum Preise von **M. 6.—** zu beziehen von der Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co., Lübeck.

Bestellschein
Bitte ausfüllen und einsenden
An die Buchhandlung Fr. Meyer & Co
Unterzeichneter bestellt hierdurch
Carl Hagenbeck, Von Tieren und Menschen
Vollständig in 21 Lieferungen à 25 Pf. = 5,25 M. nebst einer Einbanddecke für 75 Pf.
Wöchentlich ist eine Lieferung auszuliefern.
Gebunden, komplett in 1 Band für M. 6.—
(Nichtgewünschtes ist zu durchstreichen)
Name und Stand: ______
Genaue Adresse: ______

3190) Hochfeine
Meierei-Butter
Pfund 1.23 Mk.
Martin Wegener, Hüxstr. 43.

Margarine 3191
in nur feinsten Qualitäten
Pfund **65, 70, 80** und **90** Pfg.
mit wertvollen Zugaben.
Martin Wegener, Hüxstraße 43.

Deutscher
Metallarbeiter - Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Bezirksvertrauensmännersitzung
am Freitag, dem 13. d. Mts.
abends präzise 8¼ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstr. 50—52.
3189) Die Ortsverwaltung.

Touristenverein „Die Naturfreunde".
Ortsgruppe Lübeck.
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, 11. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
3181) Der Vorstand.

Kartell-Versammlung
am Donnerstag, 12. September
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnungen.
2. Eingänge.
3186) Die Kartellkommission.

Dilettanten-Klub „Freiheit".
Gr. theatralischer Abend
am Dienstag, 17. September
im „Konzerthaus Flora".
Zur Aufführung gelangt:
Mathilde
ein deutsches Frauenherz.
Schauspiel in 4 Aufzügen.
Kassenöffnung 7½ Uhr. Anf. 8½ Uhr.
Karten im Vorverkauf 30 Pfg., an der Kasse 40 Pfg., Kinder 15 Pfg., Programm frei.
Karten sind zu haben bei **Bartelmann**, Hüxstr. 71, **Jürs**, Engelsgrube 59, **Lexau**, Böttcherstr. 18, im „**Konzerthaus Flora**" und bei sämtlichen Mitgliedern. (3180

Lustige Abende
bietet
Kalnbergs
Variété u. Kabarett.
Beginn 8 Uhr. 3150
Entree 20 Pfg. Sperrsitz 40 Pfg.

Hansa-Theater.
Lübecks Sensation!
Lura Vodoo
die indische Nackt- und Schlangentänzerin
3152) und
10 phänomenale Attraktionen.
Um 11 Uhr: Kabarett.
Auftreten neuer Kräfte.
Entree frei. Entree frei.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 212. Dienstag, den 10. September 1912. 19. Jahrg.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 9. September 1912.

Der erste Stellvertreter des Wortführers, Jenne, eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min. Er gibt u. a. bekannt, daß an den Hamburger Senat anläßlich des Ablebens von Bürgermeister Dr. Burchardt und an die Witwe des verstorbenen Dr. Wichmann Beileidsschreiben gesandt wurden. Die Heilanstalt Strecknitz soll am kommenden Freitag von den Bürgerschaftsmitgliedern besichtigt werden.

Der Wortführer erklärt des weiteren, daß die Unterzeichner der beiden Anträge, die heute auf der Tagesordnung ständen, wohl berechtigt seien eine Versammlung zu beantragen, aber nicht den Tag festzusetzen. Trotz des verspäteten Eingangs habe sich der Senat bereit erklärt, die Anträge entgegenzunehmen.

Die Bürgerschaft unterstützt hierauf die beiden Anträge Stelling und Heise.

Der Antrag Stelling lautet:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, seinen Vertreter im Bundesrat zu beauftragen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, daß

1. die Zölle auf Lebens- und Futtermittel suspendiert und
2. die Grenzen für die Einführung von Schlachtvieh und Fleisch geöffnet werden.

Heises Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, an den Bundesrat mit dem Antrag heranzutreten, daß sofort Maßnahmen getroffen werden, durch welche die jetzt bestehende Fleischteuerung beseitigt wird. Im weiteren wird die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerschaft beantragt, die schleunigst darüber Vorschläge zu machen hat, welche Maßnahmen zur Milderung der auch in Lübeck bestehenden Fleischteuerung ergriffen werden können.

Als erster Redner erhält das Wort

Stelling: Vor einem Jahre, am 23. Oktober 1911, hatten wir uns mit einer ähnlichen Frage zu beschäftigen, es handelte sich ebenfalls darum, Maßnahmen gegen die Teuerung zu treffen; die Debatten werden Ihnen noch in Erinnerung sein. Der Senat erklärte damals, daß in Lübeck einstweilen von einer Not nicht geredet werden könne. Herr Lauenstein hat damals mit großen Kohlköpfen operiert und uns weismachen wollen, daß in keiner Beziehung von einer enormen Teuerung gesprochen werden könne. Die Herren Fust und Reimpell bestätigten unsere Ausführungen. Herr Klein vertrat den eigenartigen Standpunkt, daß von einer Teuerung, wie ich sie angeführt hatte, nicht geredet werden könne. Wie Sie vielleicht wissen, erschien kurz vorher in den „Lübeckischen Anzeigen" ein Artikel, der die Ansicht vertrat, eine Teuerung bestehe wohl, aber nicht in dem angezogenen Umfang. Auch am vergangenen Sonntag brachten die „Lübeckischen Anzeigen" einen Artikel, der die Teuerung behandelte. Ich glaube allerdings nicht, daß diesmal Herr Klein diesen Artikel zur Grundlage seiner heutigen Ausführungen machen wird. Es sind Mätzchen und Redensarten, die darauf schließen lassen, daß dem Verfasser die geistigen Fähigkeiten mangeln, in ernsten Fragen ernst zu urteilen. (Zuruf bei den Soz.: Sehr richtig!) Heute haben wir wieder die Frage zu prüfen, ob von einer Teuerung gesprochen werden kann. Alle Herren im Saale werden dieser Überzeugung sein, die Monatsrechnungen vom Schlachter und Krämer bestätigen das. Der Staat, die Gemeinschaft aller Staatsbürger, ist verpflichtet, in solch schweren Zeiten für Abhilfe zu sorgen. Die Fleischteuerung wird im allgemeinen bejaht. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fügt allerdings einschränkend hinzu, es handle sich nur um eine vorübergehende Erscheinung. Die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft erbringen den Nachweis, daß es nicht vorübergehend ist. Sie stellten fest, daß seit dem Jahre 1901 die Viehpreise ganz erheblich gestiegen sind. Rindvieh 1. Qualität stieg in diesem Zeitraum von 63,6 auf 85,5 Mk. pro 100 Pfund Schlachtgewicht. Die Preise für Schweine stiegen von 1901 bis 1912 von 55,5 auf 74 Mark. Schafe von 63,2 auf 81,5, Kälber von 70,3 auf 89 Mk. Zwischen Groß- und Detailhandel sind verschiedene Schwankungen, die verschiedene Ursachen haben. Es ist dabei zu bemerken, daß die Ältesten der Berliner Kaufmannschaft nicht nach subjektivem Ermessen, sondern auf Grund statistischer Unterlagen geurteilt haben. Die Steigerung ergab sich auch im Detailhandel. So betrugen die Preise für Rindfleisch erster Qualität in den Jahren 1901—05 77 Pfg., 1906—10 89 Pfg., 1911 95 Pfg. und im Juli 1912 103 Pfg. pro Pfund, bei 2. Qualität 68, 78, 82 und 88 Pfg., bei 3. Qualität 61, 71, 74 und 80 Pfg., Kalbfleisch notierte in derselben Reihenfolge 1. Qualität 82, 95, 99, 105 Pfg., 2. Qualität 74, 86, 89, 93 Pfg., 3. Qualität 68, 79, 83, 87 Pfg., Schweinefleisch: 1. Qualität 83, 95, 92, 105 Pfg., 2. Qualität 71, 80, 78, 89 Pfg., 3. Qualität 67, 75, 72, 82 Pfg., Hammelfleisch: 1. Qualität 76, 88, 90, 103 Pfg., 2. Qualität 66, 77, 77, 90 Pfg Das ist der Reichsdurchschnitt. In Lübeck wurde in früheren Jahren bezahlt für Kalbfleisch 1. Qualität 80—90 Pfg., jetzt 1,50 Mk., 2. Qualität 60—70 Pfg., jetzt 1 Mk., für Rindfleisch 1. Qualität 90, jetzt 1,30, 2. Qualität 65, jetzt 90, Gulasch 80 jetzt 1,20, Gehacktes 80 jetzt 1,00, Schweinefleisch 60—65, jetzt 95, Karbonade 80—90, jetzt 1,10—1,20, Knochen 10, jetzt 20, Kopf und Bein 25, jetzt 50 Pfg. (Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!) Soweit die Detailpreise in Lübeck. Herr Lauenstein würde allerdings die Preise bestreiten, ohne billigere Quellen angeben zu können. Unser amtlicher statistischer Vierteljahresbericht (Redner verliest einige Zahlen daraus) ergibt dasselbe Bild und zeigt, daß es sich nicht um eine vorübergehende Erscheinung handelt. Es handelt sich aber nicht nur um die Fleischteuerung allein, alle andern Produkte, die zum Lebensunterhalt notwendig sind, werden von der Teuerung betroffen. So stieg zum Beispiel gemischtes Hausbrot von 32 auf 34 Pfg., Roggenbrot von 22 auf 24 und 26 Pfg., Eßbutter kostete vor 2 Jahren 2,47, 2,58 und 2,65 pro Kilo, sie ist heute noch bedeutend höher im Preise gestiegen. Das Schock Eier stieg der Reihe nach von 4,35 auf 4,43 und 4,59 Mk. Aber nicht nur das Statistische Amt gibt Aufschluß über die Steigerung, genaue Erkundigungen beim Krämer ergeben gegenüber 1911 heute folgendes Bild: Vanillestangen 9—18, Kronsbeeren von 38 auf 48, Pflaumen 1910 24 und 28, 1912 46—65, Kirschen, sauer, von 48—60, fein. Zucker von 22—26, Würfelzucker von 24—28, Graupen 16—20, Linsen 20—28, III. Kaffee 1,00—1,48 (jetzt billigste Sorte), I. Kaffee 1,20—1,70, Petroleum 17—20, Rosinen 60 bis 80, Buchweizengrütze 18—22, Speck, fett und mager, 80 bis 1,10, gekochte Mettwurst 80—100, geräucherte beste 1,40 bis 1,56, Schinken, gekocht, 1,60—1,80, Bratenschmalz 68—80. Weiter will ich darauf hinweisen, daß wir uns im vorigen Jahre eingehend über die Kartoffelpreise unterhalten haben. Sie bilden das wichtigste Nahrungsmittel für das werktätige Volk. Man hört ja recht häufig sagen: eßt mehr Kartoffeln, wenn das Geld nicht reicht. Infolge des unaufhörlichen Regens werden bei den Kartoffeln Krankheiten auftreten, sodaß auch hier kein billiger Preis zu verzeichnen sein wird. Es sollte mich freuen, wenn die Befürchtung nicht eintrifft. Aber nicht nur Lebensmittel sind teurer geworden, auch die Steinkohlenpreise wurden erhöht. Alle Schichten der Bevölkerung werden von der Teuerung betroffen, in der Hauptsache jedoch der kleine Mann. Die Schuhwarenhändler wälzen die Mehrkosten auf die Verbraucher ab; ein Keil treibt den andern, und im Laufe der Jahre haben alle Produkte eine wesentliche Steigerung erfahren. Selbst in Beamtenfamilien, die nicht zu den unteren Schichten zählen, kommt statt der regelmäßigen Butter Margarine auf den Tisch. Bei diesen Zuständen kann mit der vagen Behauptung von sozialdemokratischer und liberaler Hetze nicht mehr operiert worden. Auf Grund statistischer Berechnungen betragen die Mehrkosten des Lebensmittelaufwandes seit 1900 für eine vierköpfige Familie 5,10 Mk. pro Woche oder 25,3 Prozent. Auf die Ausführungen des Amtsblattes hierauf will ich nicht eingehen, weil ich derartige Albernheiten nicht gewöhnt bin zu beantworten. (Lachen bei den Bürgerlichen.) Es wird auch behauptet, daß die Löhne entsprechend gestiegen seien. Davon ist keine Rede. Jeder Industrieller oder Unternehmer muß zugeben, daß die Lohnsteigerung mit der Teuerung nicht Schritt hielt. Die Löhne sind seit 1900 nicht um 25 Prozent gestiegen. Sie betrugen höchstens 8—10 Proz. (Henk: 20 und 25 Proz.) Es ist eine Tatsache, die statistisch festgestellt wurde. Dann darf nicht vergessen werden, daß die Arbeitsleistung eine andere geworden ist. Bei einer intensiveren Arbeitsleistung stellen die Arbeiter naturgemäß auch erhöhte Ansprüche an das Leben. Bei einer angespannten Arbeitsleistung muß die Ernährung besser sein. Es sind nicht alle Vegetarier, ein erhöhter Fleischgenuß ist also berechtigt. Die Folge der heutigen Teuerung hat zu einer Unterernährung geführt. Viele lassen das nicht gelten, aber die Statistik beweist das. Fragen Sie einmal die Volksschullehrer und Sie vernehmen leider, daß ein großer Teil unserer Schulkinder an Unterernährung leidet. Beim Betrachten der armen Kinder müssen Sie zugeben, daß etwas faul im Staate ist. 33 Proz. der Kinder leiden in Deutschland an Unterernährung. Eine weitere Folge ist die große Säuglingssterblichkeit. 360 000 Kinder sterben im ersten Lebensjahr, das sind 18 Prozent der Geburten. Wir in Lübeck haben uns ja ebenfalls mehrfach mit der Säuglingsfürsorge beschäftigt. Lassen Sie uns mit dafür sorgen, daß die Eltern ausreichende Nahrung erhalten. Treten wir den verheerenden Wirkungen der heutigen Gesellschaftsordnung entgegen. Wir haben alle Ursache, Hand ans Werk zu legen um das Grundübel zu beseitigen. Wenn wir jetzt auch nicht alles beseitigen können, so müssen wir doch mildern. Die Eheschließungen sind — ebenfalls eine Folge der teuren Zeiten — im letzten Jahre zurückgegangen. 1905 kamen auf 1000 Einwohner 8,1 Eheschließungen, 1910 nur 7,7. Die Geburten sanken im gleichen Zeitraum von 34,0 Proz. auf 30,7 Proz. Eine weitere Folge dieses Rückganges der Eheschließungen sind die vermehrten unehelichen Geburten. Auch die Frauenarbeit hat in den letzten 12 Jahren enorm an Umfang gewonnen. 1895 waren 2 Millionen Frauen gewerblich tätig, 1912 4 Millionen. Jeder muß zugeben, daß nicht nur die Lust zur Arbeit die Frau außer Hauses zwingt, sie würde viel lieber bei den Kindern bleiben, sondern die teuren Zeiten und die mangelhafte Arbeitsgelegenheit des Mannes treibt die Frau zur Arbeit hinaus. Die große Not äußert sich auch im vermehrten Pferdefleischgenuß. In Lübeck wurden im Vorjahre 97 Pferde geschlachtet, dieses Jahr 125, das ist in der Tat eine Zahl, die zu denken gibt. Wenn auch Pferdefleisch gut schmecken soll, im allgemeinen wird anderes Fleisch vorgezogen. Untersuchen wir, was als Ursache der Teuerung in Frage kommt, dann ist vor allem zu bemerken, daß die Schlachter an der Fleischteuerung nicht schuld tragen. Die „Deutsche Tageszeitung" behauptet dies allerdings. Die Steigerung der Großhandelspreise in den letzten beiden Jahren widerspricht dem. Die Ursache liegt begründet in unserer Zoll- und Wirtschaftspolitik, ein kleiner Teil schanzt sich auf Kosten der Gesamtheit enorme Summen zu. Die Einfuhrscheine kosten der werktätigen Bevölkerung viel Geld. Mit dieser Politik muß endlich gebrochen werden. Bei uns in Deutschland bereichern sich 24—25 000 Großgrundbesitzer, während das Volk darbt und hungert. Wir müssen alle ohne Ausnahme auf dem Standpunkt stehen, daß die agrarische Hungerpolitik beseitigt werden muß. Seitdem wir die Zollschrauben und den Zollwucher haben, datiert die Preissteigerung. Die heutige Wirtschaftspolitik bewirkt die Fleischteuerung ausschließlich, wenns auch von anderer Seite bestritten wird. In Deutschland ist zu wenig Vieh vorhanden, die Fleischproduktion hielt mit der zunehmenden Bevölkerung nicht gleichen Schritt. Wenn dies richtig ist und daran ist nicht zu zweifeln, dann ist auch die weitere Schlußfolgerung richtig, daß mit der Bevorzugung der Groß-

---

Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppius.

(17. Fortsetzung.)

Bob tat einen tiefen Atemzug, blickte wieder ängstlich um sich und fuhr dann flüsternd fort: „Ich hatte einen Gedanken, es könne hier ein Unglück geschehen — er war mir so plötzlich gekommen, daß ich selbst nicht weiß, woher — und ich sprang mit zwei Sätzen an die aufgebrochene Tür. Mister Curry stand so weiß wie sein Hemdkragen vor dem Sofa, auf dem die junge Miß lag, und hielt den jungen Gentleman zurück, der zu seiner Schwester wollte; der aber riß ihn mit einem Ruck auf die Seite, und ich konnte nun sehen, daß die junge Lady, die ihre Sinne noch nicht recht zu haben schien, nicht —" der Erzähler warf aufs neue einen scheuen Rundblick durch das Zimmer, „nicht mehr so anständig dalag, als wir sie hingelegt hatten. Mr. Young hatte auch kaum seine Augen auf sie gerichtet, als er auch meinen Herrn bei beiden Schultern packte. Aus der Kirche klangs gerade jetzt wieder: Glory! Glory! Glory! ich aber dachte: jetzt gehts los! trat in die Tür und sagte: „Bob ist jetzt hier, Mr. Curry!" Der junge Gentleman fuhr nach mir herum, und ich sah, daß er trotz der Wut in seinem Gesichte unschlüssig wurde, was er tun solle. Endlich nahm er seine Hände von Mr. Currys Schulter, sah ihn aber an, als wolle er ihn mit seinen Augen erstechen. „Ich spreche Sie morgen früh, Sir!" sagte er, und die Aufregung schien ihm die Kehle halb zuzuschnüren. Das war auch das erste Wort, was gesprochen ward, oder was ich wenigstens gehört. Dann richtete er die junge Lady auf, sie wankte wie betrunken in seinen Armen, er kehrte sich aber nicht daran, faßte sie zur Unterstützung um den Leib und führte sie nach der Tür, die ich geschwind genug frei machte. Ich hatte noch keine zwei Minuten außerhalb gewartet, ob mich Mr. Curry vielleicht brauche, als er mich hineinberief. Er sah wieder so gleichmütig aus wie jemals zuvor und ging langsam auf und ab. „Das ist ein Wahnsinniger, dem aber Verstand beigebracht werden soll," sagte er; „indessen, Bob, — damit blieb er vor mir stehen und sah mich mit Augen an, die ich gut genug kannte, es war noch jedesmal, wenn er so blickte, der bitterste Ernst dahinter gewesen — „ich will nicht, daß etwas verlautet, kein Hauch davon, Bob! unser heutiger glorioser Tag soll nicht durch das leiseste Wort beschmutzt werden!" Er hob den Finger auf, aber ich wußte auch ohne das genug. — Als ich wieder auf meinem Platze in der Kirchentür ankam, sah ich auch schon Mr. Curry beim Altar, und bald darauf fing er selber an zu predigen, so schön und rührend, wie er es noch kaum getan. — Well, Sir," fuhr der Sprecher mit einem neuen Atemzuge fort, als habe er eine schwere Aufgabe hinter sich, „am nächsten Morgen kam Mr. Young schon ganz früh in unser Haus und sah aus wie eine schwarze Gewitterwolke, die nur auf einen kleinen Anstoß wartet, um loszublitzen und zu donnern. Ich führte ihn, wie es mir geheißen worden war, sogleich in die Bibliothek; als er aber — es mochte wohl eine Stunde vergangen sein — das Haus wieder verließ, begleitete ihn Mr. Curry bis vor die Tür, sie drückten sich die Hände, und wenn es auch noch nicht gerade Sonnenschein auf Mr. Youngs Gesichte war, so konnte ich doch sehen, daß das Gewitter sich seitwärts weggezogen hatte. Es blieb auch Freundschaft von da an; aber ich merkte bald, daß jetzt mein Gesicht meinem Herrn im Wege war; er fing an über mein Fiedeln zu reden und brachte mich endlich hierher ins Hotel — der Sprechende hielt plötzlich inne und horchte, „das ist die Stage!"*) rief er, und im gleichen Augenblicke begann auch die Hausglocke zu läuten. Mit zwei vorsichtigen Sprüngen war der Schwarze an der Tür, öffnete diese geräuschlos, und wenige Sekunden darauf hörte Reichardt seine Stimme bereits von der Straße heraufklingen.

Der junge Deutsche begann mit langen Schritten sein Zimmer zu durchmessen. Bob hatte nichts von dem zu erzählen gewußt, was die plötzliche Freundschaft zwischen Young und dem Pfaffen geschaffen und diese an die Stelle der drohenden Rache, zu welcher der erstere nur zu berechtigt gewesen wäre, gesetzt — aber Reichardt war so vollkommen klar darüber, als hätte er eine Mitteilung der kleinsten Details erhalten. Harriet und ihr Vermögen waren der Preis, mit welchem sich Curry Verschwiegenheit gesichert, der Preis, um welchen Young die Ehre seiner Schwester verkauft hatte. Rascher wurde der Gang des jungen Mannes; seine Wangen begannen sich zu röten und seine Augen einen eigentümlichen Glanz anzunehmen; der alte Burton hatte ihm geraten sich mit Young zu verständigen — jetzt ließ sich das tun, wenn auch dem „Molche" dabei der Hals zugeschnürt wurde, daß er wohl gern für alle Zeiten sich von Reichardts Wege fernhielt. Reichardt blieb stehen, blickte wie scharf überlegend eine Weile vor sich hin, griff dann, wie noch immer mit seinen Gedanken beschäftigt, nach seinem Hute und verließ langsam das Zimmer. In der „Office" des Hotels erkundigte er sich nach der Lage von Youngs Geschäftslokal, brannte sich eine Zigarre an und verfolgte dann den ihm angedeuteten Weg.

Der ganzen Erscheinung nach war es eine Art Kommissions- und Speditions-Geschäft, wie es deren im Inlande zur Vermittelung des Weitertransports der Plantagen-Erzeugnisse und derartigen Geschäften überall gibt, welche Young betrieb. Reichardt trat in einen langen teilweise mit Ballen und Fässern besetzten Raum, und wurde von einem hier beschäftigten jungen Manne nach einem durch rohe Bretter abgetrennten Stübchen im Hintergrunde gewiesen. Young saß, als Reichardt die Tür öffnete, an einem hohen Schreibpulte, in die Durchsicht verschiedener Papiere vertieft und hob erst den Kopf, als er von dem Eingetretenen seinen Namen nennen hörte. Einen Augenblick schien er beim Anblicke des Deutschen überrascht; dann aber verzog sich sein Gesicht zu einem Lächeln, in welchem sich eine unverhehlte Befriedigung mit einem halbunterdrückten Hohne mischte. „Ah, Mr. Reichardt!" sagte er, sich langsam auf seinem Schemel herumwendend, „nehmen Sie bitte Platz, Sir!"

„Ich komme, Mr. Young," begann der Deutsche, sich auf dem nächsten Stuhle niederlassend, „um ein Verständnis zwischen uns zu versuchen, das für uns beide notwendig sein dürfte."

„Ah, für uns beide!" versetzte mit affektierter Verwunderung der Amerikaner, während der Hohn um seinen Mund stärker hervortrat.

„Jawohl, für uns beide, Sir!" erwiderte Reichardt, langsam seine Zigarre zum Munde führend und eine leichte Wolke von sich blasend. „Sie hegen Wünsche in bezug auf Miß Harriet Burton, Sir," fuhr er ruhig fort, „und halten mich für einen Stein in Ihrem Wege, den Sie in irgend einer Weise beseitigen müssen —"

„Nicht daß ich wüßte, Sir, oder mir auch nur vorstellen könnte, wie Sie sich in meinen Weg stellen könnten!" unterbrach ihn Young, die Lippen geringschätzig kräuselnd.

„Wird Ihnen vielleicht klar werden, wenn Sie mich nur, wie es zwischen Gentlemen üblich ist, ausreden lassen wollen!" entgegnete Reichardt, von neuem seine Zigarre hebend. In Youngs Gesicht stieg eine leichte Röte; der erstere aber fuhr ruhig fort: „Ich möchte Ihnen nun zweierlei sagen, Sir. Miß Burtons Verhältnis zu mir hat, wie es sich schon von selbst versteht, nichts als ihre Liebe für gute Musik zum Grunde und kann auch in der entferntesten Weise nicht andern Beziehungen im Wege stehen; demohngeachtet sind Ihre Bewerbungen um Miß Burton aus ganz bestimmten Gründen so vollkommen vergebliche, Sir, daß Sie durch Anfeindung eines armen Menschen, wie ich es bin, nicht allein auf einen ganz falschen Fährte laufen, sondern auch die größte Ungerechtigkeit begehen."

Ein leichter Spott spielte jetzt um Reichardts Lippen; Youngs Gesicht hatte sich höher gefärbt, und mit Mühe schien

*) Postkutsche.

agrarier zu brechen ist, damit die Fleischproduktion größeren Umfang annimmt. Der Fleischmangel hat auch dazu geführt, daß die Viehzüchter nicht genügend gemästetes Vieh verkauften, das nicht schlachtreif war; Grenzsperren und Viehzölle verringerten unsern Viehbestand. In England wird die entgegengesetzte Methode betrieben. Dort wird das Vieh beschützt, bei uns die Großgrundbesitzer. Aber trotz der schweren Einfuhrbeschränkungen hat die Not zu größerer Einfuhr gedrängt. Frisches Rind- und Kalbfleisch wurden 1911 95 923 Doppelzentner eingeführt, 1912 177 720 Doppelzentner, zubereitetes 6844, 1912 10 791, frisches Schweinefleisch 6761, 1912 11 213 Doppelzentner. Schweinespeck 3026, 1912 4614 Doppelzentner. Die Einfuhr von Federvieh stieg ebenfalls. Eine Änderung der heutigen Misere kann nur eintreten, wenn die Grenzen geöffnet werden, deshalb müssen Sie unserm Antrag zustimmen. Wir können genügend Vieh von andern Ländern bekommen. Die Sache ist nicht gefährlich, denn auch wir wünschen, daß die sanitären Maßnahmen nicht außer acht gelassen werden. Die heutige Seuchengefahr wird außerordentlich übertrieben. An den Grenzorten, in Frankreich, Belgien und der Schweiz können doch bis 4 Pfund Fleisch geholt werden, und es wird von diesem Grenzverkehr großer Gebrauch gemacht. Wären die Ausführungen der Agrarier maßgebend, dann müßten dort die sogenannten Krankheiten des Viehes auch auf Menschen übertragen werden, Sie haben aber noch nicht gehört, daß die Menschen dort verseucht wurden. Auch die Hausschlachtungen, die nicht unter den Seuchenschutz fallen, geben den Beweis, daß die Seuchengefahr nicht allzu groß ist. 1906—07 wurden in Preußen 179 000 Rinder, 538 000 Schweine, 477 000 Ziegen ohne Besichtigung geschlachtet, ohne daß Krankheiten aufgetreten wären. Dem Gefrierfleisch wird der Import verwehrt, dabei haben die großen überseeischen Dampfer fast ausschließlich dieses Fleisch an Bord. Sie haben noch nicht gehört, daß die erstklassigen Passagiere an dessen Genuß Schaden genommen hätten. Wenns diesen Herren kein Ungemach bereitet, dann kann es auch die werktätige Bevölkerung vertragen. Jedenfalls ist es besser, solches Fleisch kommt ins Land, als daß Hunde und Katzen verzehrt werden. Die Zölle auf Lebens- und Futtermittel müssen suspendiert werden. Diese Forderung wird nicht nur von uns erhoben, auch andere Gemeinden und Magistrate haben direkt den Antrag gestellt, die völlig sozialistenrein sind. Sie fühlten sich eben verpflichtet, im Interesse des Volkes das Notwendigste zu tun. Wenn etwas erreicht werden soll, muß eine Änderung des Fleischbeschaugesetzes erfolgen. Weite Kreise des Volkes und viele Kommunalverwaltungen fordern die Einberufung des Reichstages. Palliativmittel nützen nichts, der Reichstag muß bestimmen, wie weit den Wünschen des Volkes und der Gemeinden genügt werden soll. Am 12. März 1912 hat der Reichstag auf sozialdemokratischen Antrag hin einer Resolution auf Erleichterung der Fleischeinfuhr zugestimmt. Deshalb ist es auch die Pflicht der lübeckischen Staatsverwaltung, daß der herrschenden Not abgeholfen wird. Der erste Schritt dazu ist die Annahme unsres Antrages. Weiter ist es Pflicht der Gemeinden, den Fleischverkauf in die eigene Hand zu nehmen, und im Seefischverkauf ein Ersatzmittel des Fleisches zu schaffen. Pflicht des Staates ist es ferner, für ausreichende Arbeitsgelegenheit im Winter mit seinen üblen Begleiterscheinungen zu sorgen. Unsere Finanzen haben sich gebessert, die Einnahmen steigern sich, der Einwand des Geldmangels trifft nicht mehr zu. Der dringendsten Not müssen Gemeinden und Staat vorbeugen. Stimmen Sie unserm Antrag zu und vertreten Sie damit den Standpunkt, daß es Pflicht des Staates und des Reiches ist, hier gemeinsam zu wirken, um allem zu begegnen, was die teuren Zeiten mit sich bringen. Lassen Sie es nicht bei Redensarten bewenden, im Interesse unserer Bevölkerung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Heise erkennt die Ausführungen des Vorredners an, und weist darauf hin, daß auch weite Kreise des Bürgertums von der Teuerung betroffen wurden. Je weniger die Bevölkerung von der Teuerung betroffen wird, desto leistungsfähiger wird Handel und Industrie in Deutschland bleiben. Bedauerlich ist nur, daß die Reichsregierung noch keinen Weg gefunden hat, diesem Übel entgegenzutreten. Auch das Überhandnehmen der Fideikommisse trägt zur Teuerung bei. Redner geht des näheren auf die Einfuhr von Gefrierfleisch und die lästigen Beschränkungen ein, die England nicht kenne, und die ihm deswegen auch nicht geschadet hätten. Allein in Lübeck sind im vergangenen Jahre 1 700 000 Mk. an Viehzöllen gezahlt worden, ein Beweis, wie notwendig hier eine Änderung ist. Außerordentliche Zeiten erfordern außerordentliche Maßnahmen, deshalb können ohne Schädigung des Handwerks billige Quellen geschaffen werden. Wir gehen einem schweren Winter entgegen: hoffentlich wird Senat und Bürgerschaft alles tun, um die Not zu lindern.

Senator Dr. Fehling betont, eigentlich keine Veranlassung zu haben, sich an der Debatte zu beteiligen. Er könne jedoch bestätigen, daß der Senat sich bereits früher, ehe die Anträge zur Kenntnis des Senates gelangten, mit einer Eingabe der Handelskammer beschäftigt habe, worin eine vorübergehende Ermäßigung der Vieh- und Fleischzölle und eine Revision des Viehseuchen- und Fleischbeschaugesetzes gewünscht werde. Ferner eine Ermäßigung der Eisenbahntarife und die Stellung von Eiswagen. Die Wünsche der Handelskammer begegneten sich mit denjenigen des Senats. Er werde um so mehr Erfolg haben, wenn es gelinge, mit anderen Regierungen in dieser wichtigen und schwierigen Frage zusammenzugehen. Er müsse es der Bürgerschaft überlassen, ob sie nach diesen Ausführungen die Anträge dennoch an den Bürgerausschuß weitergeben wolle. Auf den Wortlaut der Anträge komme es nicht so sehr an. Fordere die Bürgerschaft diese Weitergabe der Anträge, würde die ganze Materie zweifellos im Bürgerausschuß erörtert. Eine gemeinsame Kommission von Senat und Bürgerschaft halte er für überflüssig, denn das Polizeiamt habe bereits den Auftrag, erneut einzutreten in die Prüfung der Frage, wie die Schaffung von billigen Lebensmitteln zu fördern sei. Das Polizeiamt habe nicht lediglich eine allgemeine Prüfung vorgenommen, sondern auch dafür gesorgt, daß abweichend von sonstigen Übungen jetzt an vier Tagen Fische am Hafen verkauft wurden, und das habe sich als vorteilhaft erwiesen. Der Senat werde mit der Bürgerschaft rechtzeitig Vorsorge treffen.

Henk (Bültwisch) will den Antrag Stelling abgelehnt, den von Heise angenommen wissen. Von Stelling ist es entweder Weltfremdheit oder Berechnung, daß er die Jahre 1910 und 1912 nahm, statt 1911 und 1912 in Vergleich zu stellen. Herr Stelling muß wissen, daß die Schweinepreise alle zwei Jahre steigen und alle zwei Jahre fallen. Im nächsten Jahre werden sie wieder kleiner werden. Es gibt in diesem Jahre viel Gemüse und viel Kartoffeln, von einer großen Teurung kann also nicht gerade gesprochen werden wenn auch das Fleisch teuer ist. 93 Prozent der Schweinezucht liegt in Händen von Kleinbauern und Arbeitern und nicht wie Herr Stelling behauptet, in denen von Großgrundbesitzern. Redner bemängelt die Preise in Flugblättern und Zeitungen, nennt das am Sonntag verbreitete sozialdemokratische Flugblatt ein Pamphlet, und betont ferner, daß sich unsere Schweinemastanstalt nicht rentiere, ja, wie er gehört habe, soll sie ganz eingehen. Eine Stabilität der Schweinepreise wäre für die Landwirtschaft vorteilhafter. Die Maul- und Klauenseuche ist aus dem Auslande eingeführt; bei uns in der Quarantäneanstalt ist sie voriges Jahr zweimal ausgebrochen, und zwar von dem Vieh, das aus Dänemark eingeführt wurde. Die großen Schäden durch die vorjährige Seuche wird die Landwirtschaft noch Jahre hindurch spüren.

Dr. Hartwig gibt die Teuerung unumwunden zu, kann sich aber trotzdem nicht mit dem Stellingschen Antrag befreunden. Auch den Amtsblattartikel schüttelt Redner von sich. Ein in sehr guten Verhältnissen lebender Arbeiter habe ihm bekundet, daß es ihm nur zweimal in der Woche möglich sei, Fleisch zu essen. Man dürfe aber nicht alles der Wirtschaftspolitik in die Schuhe schieben, wie Herr Stelling getan habe, das sei unwissenschaftlich. Die Teuerung ist international, sie ist in Ländern mit und ohne Zollmauern. Im Jahre 1342 kostete in Lübeck ein Pferd 5 Mk., ein Ochse 2 Mk. Damals hatte allerdings die Mark mehr Wert als heute. Mit der höheren Kultur steigen die Preise. Der Schutzzoll trägt vielfach zur Teuerung bei, mehr aber noch der Zwischenhandel, die Viehkommissionäre. Die Landwirtschaft kann nichts dafür. (Zuruf Peter Pape: Einfuhrscheine!) Darauf gehe ich nicht ein. Der „Volksbote" sprach von guter Ernte, dies trifft aber keinesfalls zu. Ganz gefallen mir beide Resolutionen nicht, doch gebe ich der Heiseschen den Vorzug.

Thiele wünscht beide Anträge angenommen. Die Teuerung sei ganz bedeutend. Die Bäcker z. B. liefern keine Semmel mehr, sondern Semmelchen. Die Einnahmen wüchsen schon lange nicht mehr mit den Ausgaben. Wenn 93 Proz. der Schweinezüchter Arbeiter seien, wie Herr Henk ausgeführt habe, dann müßten erst recht die Futtermittelzölle aufgehoben werden.

Stelling: Herr Henk zieh mich der Weltfremdheit, weil ich die Preise nicht auch für 1911 angeführt haben sollte. Ich weiß nicht, ob Herr Henk anwesend war, denn dann hätte er hören müssen, daß ich die Preise für 1910, 1911 und 1912 in Betracht zog. Er muß also in Zukunft besser zuhören. Richtig ist, daß Gemüse sehr reichlich gewachsen ist. Zu bestreiten ist nicht, daß heute schon viele Kartoffelkrankheiten auftreten, besonders auf schwerem Boden. Ich wünsche jedoch, daß Herr Henk recht hat. Gemüse ist reichlich gewachsen, aber einen großen Nutzen hatten wir nicht davon; es ist in der Tat soweit, daß wir nahezu die gleichen Preise dafür wie im Vorjahre zahlen. In der Bevölkerung ist auch die Meinung vertreten: ob viel oder wenig wächst, bezahlen müssen wir doch hohe Preise. Herr Henk zog Zahlen von der Schweiz und Deutschland an, er scheint hierin weltfremd zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß sich die Schweizer Preise auf Franken beziehen, deren Wert in deutsche Münze umgerechnet nur 80 Pfg. sind. Wer öffentlich solche Angaben macht, muß dies ausdrücklich bemerken, um ein falsches Bild zu vermeiden. Die von Herrn Henk angeführte Maul- und Klauenseuche, die schuld an der Teurung tragen soll, hat leider in Deutschland verheerend gewirkt, daß sie im Ausland herrschte, fand ich nicht. Würde die Seuche eingeschleppt, müßte sie doch vor allem in den ausgeführten Ländern herrschen. Herr Hartwig glaubt, das wirtschaftliche System nicht allein verantwortlich machen zu müssen. Doch hat die Teuerung keinen internationalen Charakter. Im letzten Jahre sind die Fleischpreise in Dänemark nicht gestiegen; wäre die Teuerung international, müßte es doch gerade dort der Fall sein. Schauen Sie sich die Preise in England an. Dort kostet Hammelfleisch zweiter Qualität 42 Pfg., in Berlin 90 Pfg., Rindfleisch 55, in Berlin 100 Pfg., Beafsteak 65, in Berlin 140 Pfg., Schweinefleisch 57, in Berlin 90 Pfg., geräuch. Schweinespeck 55, in Berlin 100 Pfg., Kalbfleisch 46, in Berlin 100 Pfg. In Dänemark ists ebenso. Wer sich diese Preise gegenüberstellt, muß doch stutzig werden. Die Ursache liegt allein in unserer Wirtschaftspolitik, die eine Geißel schlimmster Art für das deutsche Volk ist. Mit dieser Sperrpolitik muß endlich gebrochen werden, sie liegt nicht im Interesse der Kleinbauern, die mehr Schaden als Nutzen davon haben. Wenn gemeinsam dieser Politik entgegengewirkt wird, müssen die Agrarier dem Ansturm erliegen, machen Sie heute den ersten Schritt dazu und nehmen Sie trotz der Erklärungen Dr. Hartwigs beide Anträge an. Suspension der Zölle, Öffnung der Grenzen für Schlachtvieh und Fleisch unter Rücksicht auf sanitäre Maßnahmen sind die ersten Bedingungen für eine durchgreifende Besserung, sind der erste Schritt gegen die agrarische Willkürherrschaft. (Beifall b. d. Soz.)

Dr. G. Meyer freut sich über die Übereinstimmung, daß Mittel gegen die Teuerung notwendig sind und kommt auf den Verkauf von Seefischen zu sprechen, die nach Mitteilung des Seefischereivereins hier größeren Absatz finden könnten. Es müßten in der Stadt mehr Verkaufsstellen geschaffen werden. Der Ostseefisch eigne sich sehr gut, doch müßte man den Zwischenhandel ausschalten.

Henk (Bültwisch) dankt für die Belehrung Stellings. Er solle mal aufs Land kommen und sagen, wie man billig produziere und verkaufe. Für den Doppelzentner Roggen werde 17 Mk. gelöst, das sei kein teurer Preis, in den achtziger Jahren sei alles teurer gewesen. Die Milch habe seit jener Zeit nur eine geringe Steigerung erfahren, dagegen seien die Arbeitslöhne stark gestiegen. Herr Stelling hätte den Antrag stellen sollen: Wie bringen wir die halbverdorbene Ernte unter Dach?

Fust: Herr Stelling hat im allgemeinen richtige Zahlen vorgebracht, nur unwesentliche Abweichungen sind in einzelnen Posten bei meinen Aufzeichnungen vorhanden. Die Schweinepreise erhöhen sich von drei zu drei Jahren. Ganz unerhört gestiegen sind die Rindfleischpreise, die 85, 88, 90 Pfennig für das Pfund Schlachtgewicht betragen. Da weiß man gar nicht, was man vom Publikum verlangen soll. Für etwas Stabilität in den Schweinepreisen könnten die Landwirte sorgen. Ich habe vor langer Zeit das Pfund Schweinefleisch für 17 Pfg. verkauft. Der Zoll für das Pfund Fleisch ist ganz gewaltig. Große Erfolge werden wir durch die Anträge allerdings nicht erzielen, denn auch im Ausland sind die Preise hoch. In Dänemark werden z. B. Ochsen mit 72—75 Pfg. pro Pfund bezahlt, rechnet man dazu den Zoll und die hohen Unkosten, dann wird nicht allzu viel herausschauen. Doch ist eine Ermäßigung der Zölle notwendig. Gefrierfleisch kann für uns nicht in Frage kommen, weil wir noch kein Kühlhaus haben.

Dimpker bestätigt, daß die Teuerung eine Gefahr für unser Wirtschaftssystem bildet. Freilich sei die Teurung international und die Beseitigung nicht so leicht. Redner verliest die Eingabe der Handelskammer an den Senat und wendet sich gegen den Stellingschen Antrag. Die Suspendierung der Lebensmittelzölle sei beim Bundesrat nicht so leicht zu erreichen.

Damit ist die Debatte erschöpft. In der hierauf folgenden Abstimmung wird sowohl der Antrag

---

er an sich zu halten. „Ich werde schnell zu Ende sein, Sir," fuhr der erstere, zwei neue Wolken aus seinem Munde blasend, fort. „Die bestimmten Gründe nun, von denen ich sprach, liegen darin, daß Miß Burton genau von dem Verhältnis, welches Sie und Mr. Curry vereinigt, unterrichtet ist, daß sich die Lady nicht zum Preis für die Verschweigung einer Angelegenheit, die nur zwischen Ihnen und dem Prediger liegt, machen lassen will und daß sie jetzt nur abwartet, wie weit der Druck, welcher durch Currys Einfluß auf sie ausgeübt wird, gehen soll. Miß Burton empfindet es zugleich auf die unangenehmste Weise, daß das Wort, welches sie mir für meine Anstellung als Organist verpfändet, durch eine Opposition, deren Hauptleiter sie in Ihnen erblickt, zunichte gemacht werden soll, und so dürften Sie mich vielleicht jetzt verstehen, wenn ich eine Verständigung um unser beider willen für gut halte.

Aus Youngs Gesicht war mehr und mehr alles Blut gewichen, seine Augen blickten starr auf den Sprecher, und seine Hände hatten sich wie unwillkürlich geballt. Eine Pause erfolgte, nachdem Reichardt geschlossen, und erst nach einer Weile schien dem Amerikaner ein bestimmter Gedanke zu kommen. Er stieg von seinem Schemel, ging nach der Tür und sah hinaus — der Deutsche hatte sich vorsichtig gerade aufgesetzt und beobachtete scharf jede seiner Bewegungen; Young aber nahm langsam seinen früheren Platz wieder ein, sah starr vor sich nieder und sagte: „Hat Ihnen Miß Burton den Auftrag gegeben, mir diese Eröffnungen zu machen?"

„Nicht im entferntesten, Sir, und ich glaube auch nichts dem Ähnliches gesagt zu haben," erwiderte Reichardt, die Asche von seiner Zigarre schnellend. „Daß ich hierher kam, geschah aus keinem andern Grunde, als Sie aus einem Irrtume zu reißen, unter welchem Sie augenscheinlich handelten, und so uns in das rechte Verhältnis gegenseitig zu setzen. Sie mögen zugleich versichert sein, daß es jetzt einzig in Ihrer Hand liegt, einen Eklat zu vermeiden — Miß Burton wünscht diesen gewiß ebensowenig als ich selbst. Der alte Mr. Burton wird morgen bei Ihnen sein, um Sie wegen der Organistenstelle zu meinen Gunsten zu stimmen! tun Sie dann was Ihnen recht scheint; glauben Sie indessen, Sir, daß meine Stellung Ihnen gegenüber immer genau dieselbe sein wird, die Sie gegen mich einnehmen." Er warf einen Blick auf Young, der wort- und regungslos vor sich niederstarrte, erhob sich dann und verließ mit einem „Good evening, Sir!" den Raum.

Er fühlte sich frei und leicht, als er die Straße erreicht; er hatte in der ruhigsten Weise seine Absicht ausgeführt und wohl dadurch zumeist die rechte Wirkung erzielt. Jetzt hätte er am liebsten zu Harriet eilen mögen, um ihr die Botschaft zu bringen, auf welche sie sicher am wenigsten vorbereitet war; aber die Sonne war eben erst im Untergehen begriffen, und so nahm er, während die eben durchlebte Szene nochmals Wort für Wort an seiner Seele vorüberzog, seinen Weg wieder nach dem Hotel.

„Ein feiner Abend, Sir!" empfing ihn der Wirt, welcher von der Veranda aus den prächtig gefärbten Himmel beobachtete, „werden morgen splendides Wetter haben. — Fiel mir eben ein," fuhr er fort, als Reichardt neben ihn trat, „ob Sie nicht gern einmal einen Ausflug machten. Ich denke morgen früh nach meiner Farm zu fahren; sie liegt ganz wanderhübsch dort hinaus zwischen Bergen, und alles zusammen ist es nur eine Spazierfahrt von zwei Stunden. Sie sind mir willkommen, wenn Sie mich begleiten wollen, Sir!"

Das Anerbieten kam dem jungen Manne ganz gelegen, er hätte sonst kaum gewußt, wie die Zeit hinzubringen, die ihn von seinem morgenden Besuche bei Burton und der letzten Entscheidung über sein augenblickliches Schicksal trennte. Er sagte dankend zu, und der Hotelbesitzer, der sich für seinen jungen Gast zu interessieren schien, zog zwei Stühle herbei, ein Gespräch über Reichardts Heimat und die allgemeinen deutschen Verhältnisse einleitend. Reichardts Gedanken aber waren mehr bei dem, was sich aus seiner Zusammenkunft mit Young entwickeln konnte, als bei den neugierigen Fragen seines Wirtes, und er war froh, daß schon nach kurzem die Speiseglocke dem Gespräche ein Ende setzte. —

Es war zehn Uhr vorüber, als Reichardt das Hotel wieder verließ. Er nahm den nächsten Weg aus der Stadt, um auch gegen zufällige Begegnungen das Ziel seines Ganges zu verdecken. Eine laue, würzige Nacht lag über der Gegend, eine Nacht voller Sterne, wie sie der Deutsche in dieser Klarheit und funkelnden Pracht noch nie gesehen zu haben meinte. Von den fernen Akazien klang das eigentümliche Geschrei der Locusts herüber, untermischt mit einzelnen Rufe der Ochsenfrösche. Um den Wandernden her lebte und raschelte es in Gras und Laub, summte es in der Luft, und je weiter Reichardt ging, je mehr fühlte er sich von dieser berauschenden Luft, von diesem eigentümlichen Nachtleben erregt. Er hatte einen weiten Bogen zu machen, um nach Burtons Haus zu gelangen, und als er endlich nach länger als einer Stunde seines langsamen Spazierganges die Hintertür der Umzäunung erreichte, mußte er erst eine Weile stille stehen, um das Herzklopfen, das ihn plötzlich übertommen, zu beruhigen. Behutsam öffnete er endlich die Tür und wandte sich nach dem Laubgang, durch welchen ihn am Abend vorher Harriet geführt. Dunkel und still lag bald das Haus vor ihm, und nur in den beiden bezeichneten Fenstern machte sich ein schwacher Lichtschein bemerkbar. Eben als er sich nach dem Boden bog, um nach einigen Steinchen zu suchen, kam ihm der Gedanke, welchen Grund seiner Anwesenheit er wohl angeben könne, falls er durch irgend einen Zufall entdeckt werde. Heimliche Wege lagen so ganz aus seiner Denk- und Handlungsweise, daß er sich bei dem ersten Unternehmen dieser Art, das nicht einmal durch einen eigenen, inneren Drang hervorgerufen war, ganz ohne Boden fühlte und er sich einer Art Feigheit nicht erwehren konnte. Eine geraume Weile stand er horchend und spähend, bis er seine Umgebung für sicher hielt. Dann trat er ins Freie, und der aufgerafte feine Kies flog gegen eins der Fenster. Ein leises Klopfen an die Scheiben ließ sich dort als Antwort hören. Reichardt trat tief aufatmend unter den bergenden Laubgang zurück und bald sah er eine helle Gestalt auf eine der Treppen herabgleiten. „Hier bin ich, Miß Harriet!" rief er leise, als sie zu ihm in das Dunkel trat, und faßte ihre Hand, die sich fest um die seinige schloß.

„Es ist gut, daß Sie gekommen sind," sagte sie sichtlich erregt, „es wird alles aufgeboten, um Ihr Bleiben hier unmöglich zu machen, selbst Ihre besten Freunde schütteln die Köpfe vor dem Gespenste Zwiespalt in der Kirchengemeinde — Vater hat Ihnen ja schon das Nötige gesagt, er hat sich heute wieder ein paar vergebliche Wege gemacht. Aber Sie werden hier bleiben, Sir," fuhr sie fort, und Reichardt fühlte einen warmen Druck ihrer Hand, „Harriet Burton wird dem ganzen Getier zeigen, daß sie durchsetzen kann, wofür sie ihr Wort gegeben —"

„Einen Augenblick nur, Miß," unterbrach sie Reichardt, „ich glaube, wir haben unsere beiderseitigen Angelegenheiten vollständig in unserer Gewalt. Ich habe heute Glück gehabt und den feindlichen Spieß umgedreht." Und damit begann er die Erlebnisse des Tages in allen Einzelheiten zu erzählen. Er konnte ihr Gesicht nicht erkennen, aber er fühlte jede ihrer Empfindungen an diesen weichen Fingern, die sich bei einem spannenden Momente bald von seiner Hand lösten, bald sich wieder dichter darum schlossen.

(Fortsetzung folgt.)

von Stelling als auch derjenige von Heise mit großer Mehrheit angenommen.

Schluß 8 Uhr.

Aus der Partei.

Ein unverständliches Urteil. Der Arbeitersekretär, Genosse Hörsing, in Beuthen war der Beleidigung angeklagt worden, weil er während der Reichstagswahlbewegung auch an Kattowitzer Polizeibeamte Flugblätter geschickt hat. Durch die in den Flugblättern enthaltene Aufforderung, dem sozialdemokratischen Verein beizutreten, fühlten sich die Polizeibeamten beleidigt. Mit Hörsing war auch der Kolporteur Hauke, der bei der Versendung der Flugblätter geholfen hat, angeklagt. Die Strafkammer in Beuthen sprach beide Genossen frei, mit der Begründung, daß in der Zusendung sozialdemokratischer Werbeschriften an Staatsbeamte eine Beleidigung nicht erblickt werden könne. Der Staatsanwalt legte gegen das Urteil, soweit Hauke in Frage kam, Revision ein, und das Reichsgericht verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Am Donnerstag stand nun Hauke, wie die „Schles. Ztg." meldet, zum zweitenmal vor der Strafkammer in Beuthen und diese verurteilte ihn zu 50 Mark Geldstrafe. Dieses Urteil eröffnet nette Aussichten. Bei Wahlen nehmen die Parteien in der Regel die Wählerlisten zur Hand und senden jedem Wähler, ohne Unterschied des Standes, ihre Drucksachen zu. Keinem Menschen ist es bis jetzt eingefallen, sich dadurch beleidigt zu fühlen oder gar noch wegen Beleidigung zu klagen. Künftig kann nach diesem Urteil jeder Nachtwächter Strafantrag stellen, wenn ihm ein sozialdemokratisches Flugblatt ins Haus geschickt wird. Ob die Gerichte auch verurteilen würden, wenn sich ein Sozialdemokrat durch ein ihm zugestelltes konservatives Flugblatt beleidigt fühlen sollte?

Aus der Jugendbewegung.

Die proletarische Jugendbewegung

hat im letzten Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen. Der Jahresbericht der Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands, der sich in einer 56 Seiten starken Broschüre präsentiert, weist auf allen Gebieten einen bedeutenden Fortschritt auf. Die Zahl der Jugendausschüsse ist von 454 auf 574 gestiegen. Der Abonnentenstand der „Arbeiter-Jugend" hob sich von 65 500 auf 80 086, also um 14 552 = 22½ Prozent. Die Zahl der getroffenen Veranstaltungen zur körperlichen und geistigen Ausbildung der arbeitenden Jugend hat sich gegen die des Vorjahres nahezu verdoppelt. Das gleiche gilt von der Beteiligung der Jugend an den Veranstaltungen. Der von den Behörden gegen die Bewegung geführte heftige Kampf wird in kurzen Zügen veranschaulicht. Die Tätigkeit der neuartigen bürgerlichen Jugendbewegung, die staatliche „Jugendpflege" und der Bund „Jungdeutschland", die sich als die positive Bekämpfung der freien Jugend darstellt, wird einer kritischen Würdigung unterzogen. Einsichtige Gegner, die vorurteilslos die Tätigkeit der proletarischen Jugendausschüsse verfolgt haben, konnten der hier geleisteten energischen und zielbewußten Arbeit Anerkennung und Lob nicht versagen. Einige solcher „Anerkennungen aus Gegners Mund" sind in dem Bericht wiedergegeben. Ein Anhang enthält „Richtlinien für die Arbeit der Jugendausschüsse" und bildliche Proben von künstlerischen und anderen Veranstaltungen der Jugendausschüsse.

Erfolge der behördlichen Jugendpflege. Der preußische Staat hat im vergangenen Jahre eine Million, in diesem Jahre 1½ Millionen Mark für die Zwecke der „nationalen Jugendpflege" zur Verfügung gestellt. Ein erheblicher Teil dieser Millionenspende fließt in die Kassen der religiösen Vereine, die selbstverständlich glauben, in erster Linie zur „nationalen Jugendpflege" berufen zu sein. Natürlich wollen auch die behördlichen Organe in der „Fürsorge" um die schulentlassene Jugend nicht zurückstehen. Im Gegenteil, sie haben sich sogar, da ihnen ja reichliche Mittel zur Verfügung stehen, „recht energisch" dieser hohen „nationalen Aufgabe" angenommen. Wie es da zugeht, wo die Behörden „energisch eingegriffen" haben, wird in einer Broschüre: „Ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege mit besonderer Berücksichtigung der Jugendpflege", die Schulrat Fritz Kempff, königlicher Kreisschulinspektor in Kempen-Posen verfaßt hat, geschildert.

Es heißt da: „In einem Nachbarkreise sind fröhliche von den Lehrern ins Leben gerufene Veranstaltungen eingeschlafen, weil der Ortsgeistliche gleichsam als Ortsschulinspektor in die Sache eingriff."

Weiter teilt der Verfasser mit:

„Ich bat vor einiger Zeit einen mir befreundeten Kreisschulinspektor um einen Bericht über die Jugenpflege in X., ich wußte nämlich, daß dort der evangelische Geistliche und mehrere Lehrer geradezu Mustergültiges auf diesem Gebiete geleistet hatten .... Zu meinem Bedauern erfuhr ich aber, daß die Jugendpflege in einen tiefen Schlaf verfallen sei und daß es fraglich erscheine, ob noch einmal ein fröhliches Erwachen folgen werde. Man hat so lange organisiert, Ausschüsse gebildet, Sitzungen abgehalten, bis von der Jugendpflege nichts mehr zu merken war. Solange sie in der Stille wirken und wachsen konnte, gedieh alles prächtig, seit man aber behördlicherseits sich energisch der Sache annahm, konnte von einem Fortschritt nicht mehr die Rede sein. Die eigentlichen Jugendpfleger wurden sachte beiseite geschoben, ein Komitee wurde gebildet, eine höhere Polizeiperson trat an die Spitze, alles war vorhanden, bloß keine Jungens; die bekamen's mit der Angst und blieben fort!"

Achter skandinavischer Arbeiterkongreß.

Stockholm, 5. September.

Die Nachmittagssitzung am Dienstag brachte zunächst das Referat Palmstiernas über Teuerung und Trustwesen. Redner gehört zu den bürgerlichen Politikern, die in den letzten Jahren zur Sozialdemokratie übergetreten sind. Er unterscheidet sich vorteilhaft von einzelnen seiner liberalen Kollegen dadurch, daß er durch ökonomische Studien auf den Weg zu uns gedrängt wurde. Allerdings steht er der marxistischen Oekonomie noch recht fremd gegenüber, er wird von englischen Einflüssen stark beherrscht. Die letztere Erscheinung ist in der jüngeren bürgerlichen Intelligenz Schwedens zurzeit keine Seltenheit, und man findet selbst unter den zur Sozialdemokratie übergetretenen Elementen eine unverständliche Deutschenantipathie, die sich kaum die Mühe macht, sich öffentlich zu verbergen. Dieser Vorwurf kann zwar nicht gegen Palmstierna erhoben werden, aber auch er sucht seine Quellen in England, auch wo sie offenbar mit nackten Tatsachen in Widerspruch kommen. Im übrigen brachte sein Referat ein recht eingehendes Zahlenmaterial, das insbesondere für England das Resultat ergab, daß von 1900 zu 1911 die Lebenshaltung um 10 % stieg, während die Arbeiterlöhne nur um 0,4 gestiegen sind. Redner sieht darin den Grund für die Geschehnisse im gewerkschaftlichen Leben der englischen Arbeiter in den letzten Jahren.

Als Ursachen der Teuerung nennt der Referent zwei Ursachen: Vermehrung der Goldproduktion und das Trustwesen. Die erstere läßt den Wert des Goldes sinken, eine Erklärung für die internationale Erscheinung der Teuerung. Die zweite Ursache, der Uebergang zur Monopolstellung, führt zu einer kapitalistischen Feudalherrschaft zwecks rücksichtslosester Ausbeutung der Konsumenten. Allein in Schweden existieren zurzeit etwa 200 Trustbildungen, von denen die eine, der Zuckertrust, eine absolute Monopolstellung auf dem schwedischen Markt einnimmt und den Zuckerpreis fortdauernd weit über der Grenze Weltmarktpreis plus Zoll zu halten vermag. Dieser Trust arbeitet mit einem vorgeschossenen Kapital von 39 Millionen Kronen, das durch Rücklagen auf 135 Millionen buchmäßig angewachsen ist; die letztere Summe verzinst der Trust seinen Aktionären mit 7 %. Ein Verbot der Trustbildung empfiehlt der Redner nicht, vielmehr wird die technisch-ökonomische Ueberlegenheit des Trusts anerkannt. Gegen die sozialen Gefahren der Trustbildung muß dagegen eingeschritten werden. Das Ziel muß die Zurückführung der Produktion zu ihrer ursprünglichen Aufgabe, dem Konsum zu dienen, sein, wie es der Sozialismus verlangt. Redner fordert in erster Linie folgende Maßnahmen: genossenschaftliche Organisation der Konsumenten, starke, einheitliche, gewerkschaftliche Organisationen der Arbeiter, Reform bezw. Aufhebung der Zollgesetzgebung dort, wo ein Trust Monopolstellung erlangt, staatliche Kontrolle und — ausnahmsweise — Sonderbesteuerung der Trusts, eine staatliche Preisregelung, wo die Preisbildung nicht mehr in normaler Weise vor sich geht.

Eine Diskussion folgte dem Vortrage nicht. Auch die schwedischen „Jungen", die zu dekorativen Zwecken sich einen marxistischen Mantel umzuhängen pflegen, hielten es nicht der Mühe wert, die sonderbaren Anschauungen des Redners über die Marxsche Werttheorie zurückzuweisen.

Sodann begannen die Verhandlungen über die aus den Kommissionen zurückgelangten Anträge. Clausen-Dänemark berichtete über die Frage der Jugendbildung. Die angenommene Resolution fordert obligatorische Fortbildungsschulen, in denen besondere Rücksicht auf die Berufsbildung der Schüler geübt wird. Ueber die Genossenschaftsfrage berichtete Juhl-Norwegen. Die Resolution schließt sich dem Beschluß des Kopenhagener Internationalen Arbeiterkongresses an und werden die Arbeiter aufgefordert, ihre genossenschaftliche Organisation ernstlich in Angriff zu nehmen. Referent empfiehlt die Organisation der Konsumenten und auf der Grundlage des organisierten Konsums Uebergang zur Eigenproduktion. Die Diskussion verlief recht lebhaft, teilweise gar hitzig, nachdem ein Redner eine Lanze für die alte dänische Parteiauffassung der Produktivassociation gebrochen hatte. Schließlich fand die Resolution fast einstimmige Annahme.

Die Mittwoch-Verhandlungen mußten, da die Kommissionen nicht fertig waren, auf mehrere Stunden unterbrochen werden. Annahme fanden zunächst Resolutionen über Zusammenwirken der skandinavischen Nationen insbesondere auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung; über die Errichtung einer gemeinsamen skandinavischen Zeitschrift sollen die Parteivorstände in den drei Ländern nähere Untersuchungen anstellen.

In der Arbeitslosenversicherungsfrage werden die Gewerkschaften aufgefordert, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen und von den Kommunen und den Staaten Zuschüsse zu diesen Kassen zu verlangen. Die Frage eines Skandinavischen Arbeitermeetings wird den Hauptvorständen überwiesen. In der Frage des Achtstundentages wurde dessen gesetzliche Einführung verlangt. Die Wohnungsfrage führte zur Annahme einer Resolution, die staatliches und kommunales Eingreifen fordert. Die genossenschaftliche Organisation zu Bauzwecken wird empfohlen, sofern genügende Bürgschaft gegen Spekulation geboten wird. Die Organisation der Industriearbeiterinnen wird in einer besonderen Resolution propagiert, die Abschaffung der Heimarbeit durch gesetzliche Maßnahmen ebenso gefordert. Eine unvermeidliche Resolution über eine internationale Hilfssprache, nachdem Branting sie etwas ernster durch die Erklärung machte, daß es nicht unbedingt eine künstliche, sondern sehr wohl durch Anerkenung einer der großen lebenden Sprachen geschehen könne, fand Annahme.

Ueber die zwei wichtigsten Fragen, Militärfrage und Gewerkschaftsfrage, die den Kongreß beschäftigten, und die entgegen der ursprünglichen Absicht auch den größten Teil des Donnerstag in Anspruch nahmen, werden wir in einem Schlußartikel berichten.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein glänzender Sieg der freien Gewerkschaften. Bei den Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Gewerbegericht Bielefeld, die am 4., 5. und 6. September stattfanden, erhielt die Liste der freien Gewerkschaften 6864, die Liste des „Ausschuß für soziale Wahlen" (christliche Gewerkschaften) 684 Stimmen. Die freien Gewerkschaften erhalten 10 Beisitzer, die christlichen keinen. (Bisher hatten sie einen.) Im Jahre 1909 wurden für die Liste der freien Gewerkschaften 5315, für die christliche 578 Stimmen abgegeben. Die Christlichen haben hier eine deutliche Quittung für ihre Verrätereien erhalten. — Bei der Wahl der Arbeitgeberbeisitzer erhielt die Liste der von dem freien Gewerkschaftskartell unterstützten Arbeitgeber 42, die Liste des Fabrikantenvereins und der Schlosserinnung 86 Stimmen. Auf letztere Liste entfallen 6, auf erstere 3 Beisitzer.

Aus dem Gerichtssaal.

Konfessionelle Justiz! In Rheinland-Westfalen, wo die Klassenjustiz sich so oft durch auffällige Urteile bemerkbar macht, kann die Justiz auch recht milde sein. Das zeigt sich in neuerer Zeit z. B. in Arnsberg (Westfalen). Es ist im westfälischen Sauerland üblich, daß die frommen Katholiken das Fronleichnamsfest nicht nur durch Prozessionen feiern, um Gott ihre Anhänglichkeit noch deutlicher zu demonstrieren, feuern sie Böllerschüsse in großer Zahl ab; die Polizei hat an sich nichts dagegen, verlangt aber, daß man zu diesem eigenartigen „Gottesdienst" behördliche Erlaubnis nachsucht. Da das in dem katholischen Orte Sundern versäumt wurde, versuchte die Polizei die Schießerei zu verhindern, wurde dafür aber von den begeisterten Katholiken mit einem Hagel von Schimpfworten überschüttet. Es kam zu noch heftigeren Zusammenstößen mit den Behörden, die die Staatsanwaltschaft als Landfriedensbruch anzugeben geneigt ist. Wie sich das Gericht zu der staatsanwaltschaftlichen Auffassung stellt, soll sich erst noch zeigen. Vorläufig wurden vor dem Schöffengericht in Arnsberg die Polizeibeleidigungen abgeurteilt und auffälligerweise alle Angeklagte freigesprochen, obwohl in einzelnen Fällen der Amtsrichter erklärte, die Beamten seien auf ekelhafte Weise beschimpft worden. Es scheint also, daß der Amtsrichter, der diese bestimmte Meinung von der Handlungsweise der Angeklagten hatte und dann doch das freisprechende Urteil verkünden mußte, von den katholischen Schöffen überstimmt worden ist. — Der Staat wird natürlich nicht zugrunde gehen, wenn ein paar Polizistenbeleidigungen nicht gerochen werden, aber charakteristisch ist die Milde in einer Gegend immerhin, in der Hunderte und Tausende von Arbeitern, die im schweren Lohnkampf einmal mit Behörden in Konflikt gerieten, auf Grund der Zeugnisse der beleidigten Polizisten von Richtern derselben Gesellschaftskreise zu schweren Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Elendsbilder aus Berlin.

In unserer herrlichsten aller Welten ist doch alles göttlich eingerichtet. Während auf der einen Seite die schwer reichen Großgrundbesitzer Ostelbiens und einige Hundert anderer gutsituierter Industriebarone ein Leben voller Herrlichkeit und Freuden führen können, müssen die im Schatten stehenden um jeden Bissen Fleisch schwer kämpfen. Selbst das minderwertige Fleisch, das in den Freibanken verkauft wird, gilt als ein leckeres Mahl für die Armen und Ärmsten. Da wo in Nährmitteln das Billigste und Schlechteste gehandelt wird, ist die Not des Volkes am ersten zu konstatieren.

Eine Ordnungsstütze war es, so schreibt der „Vorwärts", die uns gestern in aller Frühe auf dem städtischen Viehhof den Weg wies zur Freibank in der Thaerstraße: „Da stehen schon Tausende, schon seit gestern abend!" Ungläubig sahen wir den behelmten Staatsdiener an. Aber die Wirklichkeit sah ja noch viel trostloser aus. Die Ersten, zu denen uns ein anderer Schutzmann führte, standen hier schon seit Donnerstag abend 6 Uhr. Sie standen volle 14 Stunden, um im Höchstfall sechs Pfund minderwertiges Fleisch zu ergattern. Über zwölf Stunden hatten sie die ganze Nacht über in Wind und Wetter ausgeharrt. Denn erst um ½7 Uhr werden die Vordersten in die Vorhalle hineingelassen, bei dem beschränkten Raume auch nur einige Hundert, und um 8 Uhr beginnt hier der Verkauf. Um Mitternacht war die wartende Menge nach amtlicher Angabe schon auf über 300 Personen angewachsen. In der Vorhalle standen um 7 Uhr morgens etwa 300 Menschen, draußen im Freien an der langen Viehhofsmauer entlang weit über Tausend, und mit Beginn des Verkaufs warteten bloß an dieser einen Freibankstelle reichlich 2000 arme Leute! Zum großen Teil kommen die Bedürftigen aus entlegenen Vororten. Die Frauen, dicht in Tücher eingehüllt, haben sich Bänke, Stühle, Klappsitze mitgebracht. Mit klammen Fingern stricken und nähen sie, um die kostbare Zeit nicht ungenutzt vergehen zu lassen. Wieder war es der Staatshüter, der als Zeuge bestätigte, daß Kinder schon um 5 Uhr morgens sich in Reih und Glied stellen. Sie werden energisch nach Hause geschickt. Wir bemerkten leider auch nichtschulpflichtige Kinder bei den Müttern, was andere Frauen mit Recht hart tadelten. Ist es aber nicht erklärlich aus der furchtbaren Not, aus der Sorge, die hungrigen Kindermäuler nicht mit Sand und Kieselsteinen stopfen zu können? Und trotzalledem stehen Hunderte hier ganz vergebens! An allen Freibankstellen wurde geklagt, daß die Vorräte der Nachfrage nicht genügen. Hunderte, die in der Thaerstraße viele Stunden und Stunden gestanden haben, bekommen nichts. Aufmucken und Aussuchen gibt's erst recht nicht. Man muß nehmen, was hingeschoben wird, auch einen Haufen Knochen. Täglich, außer Donnerstags und Sonntags, wo die Freibanken geschlossen halten, ist der Andrang gleich enorm, am Freitag und Sonnabend am stärksten. Vor der Freibank Manteuffelstraße 74 standen um 8 Uhr etwa 300 Personen, die sich bis zur Eröffnung um 9 Uhr verdoppelten. Erheblich größer war der Verkehr in der Grünenthalerstraße. Hier brach ein alter Mann, der in der vorderen Reihe seit 5 Uhr wartete, gleich nach der Eröffnung ohnmächtig zusammen. Die vierte Freibank befindet sich in Moabit, in der Waldenserstraße.

„Wird es bald besser werden?" jammerten Frauen und Männer.

Welch furchtbare Anklage, welche Schande für dieses Reich der Reichen ist dieser Kampf um minderwertiges Fleisch!

Aus Nah und Fern.

Hinterpommersche Wahlpraxis. In einem Gutsdorfe des Dramburger Wahlkreises mit neunundzwanzig eingeschriebenen Wählern hatte, wie die „Berliner Volkszeitung" schreibt, der Gutsherr, der zugleich Amtsvorsteher ist, den Lehrer des Ortes zum Protokollführer ernannt. Als dieser zur vorgeschriebenen Zeit das Wahllokal — selbstverständlich ein Zimmer des Gutsherrn — betrat, fand er außer dem Gutsherrn niemand darin vor. Auf seine erstaunte Frage, wo die Beisitzer seien, erklärte der Wahlvorsteher, daß er keine Beisitzer ernannt habe, da sie beide bei der geringen Wählerzahl die Sache allein erledigen könnten. Der Protokollführer erklärte aber, daß es nach § 12 des Wahlreglements unstatthaft sei, und daß er unter diesen Umständen das Amt des Protokollführers nicht übernehmen wolle. Schließlich fragte der Gutsherr telephonisch bei dem zuständigen Landrat an, ob es unbedingt notwendig sei, Beisitzer zuzuziehen. Der Landrat erklärte, daß mindestens ein Beisitzer im Wahllokal anwesend sein müsse, worauf sich der Wahlvorsteher endlich bequemte, einen Beisitzer herbeizuschaffen. Gegen Mittag traten die 29 Wähler geschlossen in das Wahllokal und gaben ihre Zettel ab. Da keine Wähler mehr zu erwarten waren, wurde die Wahlhandlung um 12 Uhr geschlossen und der Wahlvorstand löste sich auf. Alle 29 Stimmen waren für den konservativen Kandidaten abgegeben worden. Wer will unter diesen Umständen dem Lehrer, der gern für den freisinnigen Gegenkandidaten gestimmt hätte, verargen, daß er es unterließ, da er doch in mehr als einer Beziehung, besonders in seiner wirtschaftlichen Existenz, von dem Gutsherrn abhängig ist? Wer will es den Gutsarbeitern, zu denen nie ein Wort der Aufklärung dringen darf, die dafür aber zu den konservativen Wahlversammlungen in der Nachbarstadt von ihrem Gutsherrn mit Leiterwagen „unentgeltlich" geschickt werden, verargen, wenn sie in einem so kleinen Wahlbezirk, in dem der Wahlvorsteher mit unfehlbarer Sicherheit feststellen kann, wie jeder gewählt hat, ihre Brotstelle nicht aufs Spiel setzen wollen? Kurze Zeit nach der Wahl gab der Gutsherr seinen „Untertanen" ein Fest, das er den Wählern vor der Wahl in Aussicht

acht gestellt hatte für den Fall, daß die Wahl „gut" ausfallen würde. Und so etwas nennt sich in Preußen-Deutschland freies und geheimes Wahlrecht!

Eingestürztes Fabrikgebäude. Das Fabrikgebäude der Metallfirma Riera in Barcelona ist eingestürzt. Zwei Arbeiter wurden getötet und sieben verletzt.

Bluttat. Nachts wurde in Düsseldorf die Ehefrau Portwig aus Wersten von dem Arbeiter Wirtz auf der Straße erschossen. Wirtz wollte den Schuß auf den Bruder der Frau abgeben. Außerdem wurde ein unbeteiligter Mann getroffen und schwer verletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Ein Unwetter im Adriatischen Meer hatte viele Schiffsunfälle zur Folge. Bei Rimini ist der Segler „Nicola" gesunken; vier Matrosen sind ertrunken, der fünfte, ein Mann von 65 Jahren, rettete sich durch dreistündiges Schwimmen. Bei Ravenna sind sieben Segler gestrandet.

Arbeitssklaven. Im Saarrevier vollzieht sich augenblicklich eine große Abwanderung der fiskalischen Bergarbeiter. Allwöchentlich ziehen hunderte Familien fort nach anderen Bergrevieren und auch nach dem Auslande. Durch gewissenlose Agenten wird die Neigung zur Abwanderung gefördert. Auch aus dem Ruhrrevier sind Agenten im Saarrevier tätig, die den Leuten goldene Berge versprechen, aber die gläubigen Arbeiter, die auf eine Verbesserung ihrer Lage hoffen, nur ins Unglück führen. So sind auch in Dorstfeld, einem Vorort von Dortmund, einige hundert Arbeiter mit ihren Familien infolge der verlockenden Versprechungen eines Agenten angekommen. Es war den Leuten ein Schichtlohn von 6,44 Mk. versprochen worden, vor der Kohle, wo im Gedinge gearbeitet wird, sollten sie 7 bis 8 Mark verdienen. Einem 17jährigen jungen Mann war ein Lohn von 5 Mk. versprochen worden. Die Zeche erkennt solche Versprechungen natürlich nicht an. Sie zahlt die sonst üblichen Löhne. Und da haben die Leute, die die Arbeit schon aufgenommen hatten, nur 4 bis 5 Mark verdienen können. Damit sind sie aber nicht zufrieden und die Enttäuschten haben das Streben, auf anderen Zechen Arbeit zu nehmen oder in die Heimat zurückzukehren. Die Zeche hat aber die Papiere der Leute und gibt sie nicht heraus und damit ist die Absicht, wieder fortzuziehen, vereitelt. Es kommt jedoch noch mehr hinzu, die Unzufriedenheit der Leute zu steigern. Der Agent hat sie zwar gelockt; aber es **ist nichts getan worden, sie auch in Wohnungen unterzubringen. Und so befinden sich die Zugewanderten mit ihren Familien in Scheunen, Kegelbahnen** und so weiter, **enge zusammengepfercht** — und das bei dieser kalten und nassen Witterung! Man hat noch nichts davon gehört, daß sich die Behörden im Interesse der Betrogenen verwendet hätten. Man soll nicht immer mit der üblichen Ausrede kommen, die Zeche hat den Leuten nichts versprochen, was die Agenten versprochen, kann für die Zechen nicht bindend sein. Hier muß etwas zum Schutze der Bergarbeiter geschehen. Und dem verwerflichen Treiben der Agenten, die im Grunde nichts weiter sind als Sklavenhändler, muß Einhalt geboten werden.

Gewissensfreiheit im liberalen Musterlande. Das Zentralorgan des badischen Zentrums bringt soeben eine alarmierende Mitteilung unter Freudenjubel. Ein Unterlehrer, der durch klassische Studien (Tolstoi rc.) sich eine glaubensfreie Überzeugung verschaffte, fiel dem katholischen Pfarrer wegen seiner kirchlichen Abstinenz auf, als er in einem Dorfe bei Rastatt sein Probejahr leistete. Infolgedessen habe der Lehrer — so heißt es im „Badischen Beobachter", dem Pfarramt erklärt, daß er noch nie ein Dogma der Kirche gelehrt habe, sondern die biblische Geschichte ethisch betreibe. Es sei ihm recht, wenn ihm der Religionsunterricht abgenommen werde. Auf den Bericht des Pfarramts entzog die Kurie dem Unterlehrer die missio canonica. Ohne hiervon Kenntnis zu haben, hatte das Kultusministerium den Lehrer an die Seminarübungsschule in Ettlingen versetzt; als aber das Ordinariat dem Ministerium die Entziehung der missio canonica berichtete, nahm das Ministerium telegraphisch die Versetzung nach Ettlingen zurück und entließ den Lehrer sofort aus dem Schuldienst. — Das Zentrumsblatt jubelt ganz besonders über die Bemerkung des ministeriellen Erlasses: für einen Unterlehrer, der ein lehrplanmäßiges Fach (Religionsunterricht) nicht geben könne, sei keine Verwendung im badischen Schuldienst. — Und das soll ein liberales Musterland sein!

Schwere Unfälle bei einem Motorrad-Rennen. Während des Motorrad-Rennens in Newark, New-Jersey, wollte der Fahrer Eddie Pasha die andern überholen, zerbrach dabei die Schranke und fuhr in die Menge. Vier junge Leute wurden getötet und ungefähr zwanzig verletzt. Der Fahrer ist ebenfalls tot; sein Motorrad stürzte so, daß es den Konkurrenten, den er hate überholen wollen, zu Fall brachte, sodaß auch dieser den Tod fand.

Bestien in Menschengestalt. In Aires, Departement Herault, strichen kürzlich zwei Trunkenbolde einen Hund mit Teer an, zündeten ihn an und jagten ihn auf die Straße, wo er die Kleider eines Kindes in Brand setzte, das den hierdurch erlittenen Verletzungen erlag. Die Trunkenbolde wurden zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Deputierte Millerand richtete an den Justizminister ein Schreiben, in der er gegen die Milde der Richter Einspruch erhebt und eine Anfrage über den Vorfall ankündigt.

Autounfall. Aus St. Raphael wird gemeldet: Das Automobil der in Croix du Var weilenden Familie des Architekten und Institutsmitgliedes Nenno überschlug sich. Seine Töchter wurden getötet. Fräulein Dubufe, eine Tochter des berühmten Malers, wurde schwer verletzt.

Überschwemmungskatastrophe. Die „Schanghai Daily News" veröffentlicht einen Brief aus Woentschou, nach welchem dort ein von Wolkenbrüchen begleiteter Taifun am 29. August ungeheure Überschwemmungen angerichtet hat. Die Stadt Tsingtien und zahlreiche andere kleine Städte sollen zrstört sein. Die Zahl der ums Leben Gekommenen beläuft sich nach chinesischen Schätzungen auf vierzig- bis fünfzigtausend.

Eine Massenfischvergiftung. Das große Festbankett, welches zur Begrüßung der Gäste am Eröffnungsabend des Deutschen Juristentages am 3. September im Sophiensaal stattfand, hat, wie nachträglich bekannt wird, eine große Anzahl Vergiftungen im Gefolge gehabt. Nach dem Genuß von Fischfleisch sind etwa 150 bis 200 Teilnehmer an dem Bankett unter Vergiftungserscheinungen erkrankt. Die Vergiftungsfälle werden dadurch erklärt, daß sich in dem Eis, in dem die Fische gekühlt wurden, Bakterien entwickelt hatten. Alle Vergifteten befinden sich außer Gefahr.

Doppelter Gattenmord. Ungeheures Aufsehen hat in Neuyork das Geständnis der Frau des Mühlenbesitzers Bailey hervorgerufen, die vor dem Untersuchungsrichter aussagte, daß sie ihren Mann in den Keller des Hauses gelockt habe, wo ihn der Direktor der Mühle, Watson, mit einer Axt niederschlug. Frau Bailey unterhielt mit Watson ein Liebesverhältnis. Der letztere war anwesend, als sie vor dem Untersuchungsrichter ihre Aussagen machte. Frau Bailey wandte sich am Schluß ihres Geständnisses an ihren Geliebten mit den Worten: Nun komm, laß uns zusammen sterben. Darauf sank sie laut weinend zu seinen Füßen nieder. Watson beugte sich nieder und hob die völlig geknickte Frau zu sich empor und küßte sie. Großes Aufsehen rief es hervor, als Watson die Aussagen der Frau Bailey bestätigte und hinzufügte, daß er drei Monate vorher seine eigene Frau getötet habe. Er motivierte die schreckliche Tat damit, daß er nicht mehr länger getrennt von seiner Geliebten leben wollte. Nachdem auch der Gatte der Frau Bailey aus dem Wege geräumt war, hofften sie, sich zu heiraten.

Standesamtliche Nachrichten

vom 1. bis 7. September 1912.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

August 25. Former J. E. C. F. Knapp. 27. Gastwirt C. F. Ritzau. 28. Schneider L. J. J. Meizel. 29. Straßenbahnschaffner W. H. G. Herzog. Schlachter A. L. C. J. Bülow. Buchdruckmaschinenmeister P. F. Hattenbach. 30. Arbeiter O. W. L. Haehnke (Schönböcken). Maurer K. Gotzhein. 31. Kutscher J. Chr. Scharbau. Arbeiter J. H. F. Stecknitz. Maschinenarbeiter P. A. G. Wilms. Ober-Zollkontrolleur O. H. A. M. C. Engel.

September 1. Viehhändler M. J. Beth. Arbeiter K. B. F. Dünfründt. Kaufmann A. A. J. Löwe. Kutscher F. W. J. K. Haut. 2. Arbeiter J. O. R. Zenner. 3. Eisenbahnrangierer J. J. H. Woisin. Arbeiter W. K. A. Rühmling. 4. Fuhrmann C. Chr. F. Siemssen. Musiker K. R. Armstroff. 5. Steindrucker D. H. G. Tatje. 6. Zimmermann K. R. M. W. Stief.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

August 26. Maurer C. J. W. Chr. Lingk. 28. Arbeiter J. Puttfarken. Kutscher W. J. Chr. Murzfeldt. Weichensteller H. J. C. Sommer. 29. Tischler R. M. A. Meier. 30. Feuerwehrmann G. Selke. 31. Zollaufseher E. W. F. Rickert. Tapezier F. C. H. Klötzen. Kutscher J. Chr. H. Scharbau. Straßenbahnwagenführer R. W. H. H. Krakow. Tischler W. H. O. E. Ahlers. Kaiserlicher Bankassistent P. E. A. H. Krüger.

September 1. Hauptlehrer G. A. M. Johannsen. Musiker L. H. Wenck. Maler J. F. W. Melis. Straßenbahnwagenführer E. H. J. W. Loot. Kaufmann Chr. J. F. Duve. 3. Bäcker H. Möller. Anstreicher A. J. Chr. Petermann. 4. Schlachter H. H. H. Lohff. 5. Bahnarbeiter J. J. H. Griem. Maurerpolier W. G. Hennig. Arbeiter B. A. M. Kern.

Angeordnete Aufgebote.

2. September. Schmiedegeselle F. R. J. Boldt und B. A. M. Heinrich. Lagerverwalter W. M. M. K. Gartz in Kiel und B. J. L. M. Ritter. Sergeant F. P. S. Grützmacher in Rendsburg und K. Curth. Klempner H. G. Wiese und A. M. Ch. Fischer. Heizer A. Rogowski und A. A. M. Koop. Waschmeister J. E. H. Lippke und F. D. J. K. Barg. Privatier F. Grabe und M. J. Lutz in Kempten in Bayern. Schmied W. L. B. Brandenburg in Hoyer und L. M. D. Steffen. 3. Schmiedegehilfe H. F. A. Kreles in Travemünde und A. M. E. Leopold. Oberkellner K. H. A. Wieselmann und A. D. S. F. Jarchow in Plau. Kaufmann B. F. Ellmenreich in Hamburg und M. Chr. E. Heeschen in Kuxhaven. Buchhalter H. A. F. Schmidt und A. M. S. D. Baar. Lackierergehilfe H. J. Ulrich und F. L. D. Boldt. Weinküfer J. G. F. Cissée und J. K. F. Höflich. Arbeiter K. F. G. Funk und F. K. M. Möller genannt Wendelborn. Schmiedegehilfe B. H. H. Bruhn und E. A. K. Tews. 4. Versicherungsbeamter K. H. P. Köhler und M. K. Stamp in Hamburg. Lagerarbeiter H. W. E. Stahl und Chr. D. F. Ahrens. Tischlergeselle J. H. L. Deistler und M. K. L. Myrau. Arbeiter E. F. Roloff und B. F. K. L. Thielke in Bohnrade. Geometer A. Beck und E. L. M. Zufall, beide in Hamburg. Monteur J. H. A. Wehring und die geschiedene D. M. K. H. Eggers geb. Tiege in Schwerin. Maschinenschlosser W. F. L. Gentzen in Güstrow und K. S. M. Voß in Rostock. Gärtner R. E. K. W. Frehse und M. L. E. F. Rath in Sternberg. Postbote F. E. P. Schimmelpfennig in Leipzig-Reudnitz und L. M. Gandig in Lennewitz. 5. Stellmachergeselle H. A. A. Chr. Kock und J. M. B. Nerdel in Sereetz. Privatdozent Dr. G. J. F. Ranke und H. F. Stein in Oldenburg. Klempnergeselle H. F. W. A. Wegner und E. E. B. A. Pohlmann in Damgarten. Buchhändler W. F. L. Behlendorf und E. E. O. K. Weckerle. Handlungsgehilfe K. F. J. Erdmann und H. L. M. Niese. Bureaugehilfe G. A. Grüschow und E. J. A. Rüsch. Bäckermeister A. M. Klutke und E. F. A. Braun. 6. Mechaniker M. O. W. König in Hamburg und M. K. D. Glade. Konditor H. F. Bandholt in Travemünde und F. D. M. Meyer. Schutzmann A. K. W. Schoof und K. M. E. Priehn. Monteur H. K. W. Menge in Berlin und A. M. D. Meier. Hilfsweichensteller R. O. K. F. Prange in Hademarschen i. Holst. und Kl. M. L. Koziol. Kutscher J. H. Johannsen und Witwe B. Ch. E. Boy geb. Rönnau. Oberlehrer E. W. G. Brockhaus und M. Haukohl. Bureaugehilfe A. H. F. Dräger und L. M. F. J. Damboldt. Arbeiter J. K. Ch. Gellermann und K. Pisarrek. Lehrer K. F. M. Capell und M. Schlei-Asmus. Leutnant im Infanterie-Regiment von Manstein K. D. Schweers in Hadersleben und E. J. M. Schwabroch. 7. Reichsbankassistent K. O. J. Handt und M. L. W. Koch in Güstrow. Handlungsgehilfe H. H. F. F. Schröder und M. W. M. Dreyer. Malergehilfe Ch. Mühl und M. Jablonski. Handlungsreisender J. P. Christiansen und A. K. F. E. Düsing. Korrespondent Ch. L. H. K. Bollmeyer und die geschiedene A. Kl. M. Goering geb. Hanold. Versicherungsbeamter P. F. F. Güldner und H. D. M. Schwark. Terrazzoarbeiter P. G. Cattazuzza und K. J. E. Güldner. Arbeiter H. K. W. Faasch und J. L. A. Eulert.

Eheschließungen.

3. September. Postsekretär Th. J. Sommer und A. J. L. Meyer in Düsseldorf. Farmer J. R. Böhme in Friedrichswald in Deutsch-Süd-West-Afrika und A. M. E. Brockstedt. 4. Kontrollbeamter A. H. J. G. Meyer und K. W. F. Bracker. 6. Kaufmann J. H. H. Roth und K. J. D. Grobien. Kaufmann G. H. K. G. Maaß in Rinteln und E. K. Ch. M. Koopmann. Kraftwagenvermieter E. F. W. Kupfer und F. L. Fick. Holländer Ch. H. Boock in Dummersdorf und M. D. M. Hellmann. 7. Theaterfriseur W. K. Klein und M. E. A. Hamann in Zoppot. Schlossergehilfe K. H. F. Stoffer und A. S. K. E. Niemann. Maschinist F. H. G. Bührsch in Kiel und W. A. Th. Oldenburg. Maurer F. L. H. W. Lagemann und H. M. Fischer.

Sterbefälle.

31. August. C. M. geb. Lefeld, Witwe des Goldschmieds Chr. H. W. Boy, 73 J. A. C. G. geb. Syassen, Witwe des Tischlers J. E. Chr. Mohnsen, 63 J. Schneiderin E. D. M. W. Mersetzky, 22 J.

1. September. M. B. Burwick, 1 Mt. Kaufmann F. C. H. Wandschneider, 57 J. Früherer Maurer R. H. F. Behrens, 64 J. Arbeiter E. C. H. F. Behrens, 64 J. Arbeiter E. C. H. Schildei, 73 J. 2. F. W. Berzinski, 5 Mt. H. Wiebcke, 11 Mt. Ein Knabe, 11½ Std., V.: Kaufmann A. A. J. Löwe. C. M. J. geb. Hirsacker, Ehefrau des Arbeiters C. J. F. Hermann, 43 J. Landwirt R. O. Siemers, 23 J. (Hof Steinhof). J. M. L. geb. Tiessenhusen, Ehefrau des Tapeziers J. W. B. Rieckert, 29 J. 3. Lehrer a. D. J. H. H. Lüthje, 61 J. H. R. J. K. Valenzka, 1 J. 4. W. F. E. Kröger, 4 Mt. W. C. F. Petersen, 42 J. M. E. geb. Brüggmann, Witwe des Arbeiters H. J. Riepenau, 84 J. 5. Musiker K. O. Ruppe, 75 J. Arbeiterin D. M. W. Rieckhoff, 34 J. F. H. F. Schunk, 1 J. 6. Schmied J. H. F. Schnauer, 69 J. Königl. Forstmeister a. D. F. H. Rücker, 88 J. Ein Mädchen, 27 Std., V.: Maurerpolier W. C. Hennig. A. L. C. geb. Wilcken, Ehefrau des Arbeiters B. A. M. Kern, 25 J. 7. Arbeiter J. H. L. Mellahn, 49 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Dem kleinen **Henry Brinkmann-Karli** zum 2. Wiegenfeste die besten Glückwünsche senden
3175) Die Ravensbuischer.

Dem Steinsetzer (3099
F. Kähler
zu seinem Geburtstage ein donnerndes Hoch.
Op he dat woll raht.

Holzarbeiter-Verbd.
Zahlstelle Lübeck.

Nachruf.
Am 7. September verstarb unser Mitglied der Tischler
A. Potenberg.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 11. September, vormittags 11¼ Uhr auf dem Friedhof (Burgtor) statt.
Die Kollegen versammeln sich zur Teilnahme um 11 Uhr im Lokale „Seehalbi".
3182) Die Ortsverwaltung.

Gesucht zum 1. November ein gesetztes **Mädchen.** Guten Lohn. Waschfrau wird gehalten. (3183
Schwartau, Lübecker Straße 38.

Gesucht eine Frau bei Kindern. Freie Wohnung und Beköstigung.
3171) An der Mauer 90.

Logis mit oder ohne Beköstigung an ein bis fünf junge Leute.
3179) Hartengrube 15, I.

Freundliches Logis
zu vermieten. (3172
Westhofstraße 38c, part.

1 Scheidenschiebkarre, 2 Lach-Tauben und 1 Fahrrad billig zu verkaufen. (3177
Pelzerstraße 14a.

Zwei 1½schläfrige Muschelbettstellen billig zu verkaufen.
3176) Dornestraße 18b, II. rechts.

Gut mod. bl. Wintermantel zu verkaufen. Zu bes. morgens.
3174) Segebergstraße 26.

Bl. Kinderwagen mit Gummi u. Schaukel, Bd. Hefte von Hagenbeck Tiere und Menschen billig zu verkaufen. (3173) Alfstraße 31.

Guterh. grauer Kinderwagen
mit Gummireifen zu verkaufen.
3170) Wickedestraße 30, II.

Ges. zu sof. od. spät. **3000** Mk. als sichere II. Hypothek. Dahinter stehen noch 3000 Mk. Bankgeld. Angebote unter **F W** an die Expedition dieses Blattes. (3169

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
3007) empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer rc. im Lagerhaus u. Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.** (180

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
178 **Uebernahme ganzer Beerdigungen.**
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art
in bester Qualität. (2023

Fleisch ist teuer!
in allen Verkaufsstellen
Pimp-Pimp-Pimp-
Hansa-Käse. Meierei.
Fleisch ist teuer!
(2655) **Das Riesenformat pro Stück 5 Pfg.**